

## 7 Ins neue Jahrtausend (1989 – 2018)

Am Ende des 20. Jahrhunderts machten sich in zahlreichen modernen Volkswirtschaften weltweit gravierende Probleme und neue Herausforderungen bemerkbar. Die Ordnung der vertrauten „drei Welten“ geriet mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion aus den Fugen. Die „zweite“ Welt der sozialistischen Länder verschwand bis auf wenige, eher skurril anmutende Ausnahmen von der internationalen Bildfläche, die „dritte“ Welt, die auch bis dahin niemals als Einheit wahrgenommen werden konnte, löste sich in eine differenzierende Vielfalt auf. Nur die „erste“ Welt der kapitalistischen Volkswirtschaften konnte sich behaupten und prägte zunehmend die Entwicklung.<sup>1</sup> Der Aufstieg Chinas und Indiens, die wachsende Bedeutung der sogenannten BRIC-Staaten insgesamt und auch der Niedergang zahlreicher, von Kriegen und Gewalt Herrschaft geprägter Staaten in Afrika und Asien verkomplizierten die Weltlage zudem weiter.

Für Deutschland stellte sich in diesem Kontext vor allem die Frage nach einer sachgerechten Zusammenführung der Wirtschaft in Ost und West, um den Entwicklungsrückstand der bis dahin sozialistisch organisierten DDR-Wirtschaft<sup>2</sup> gegenüber der weiter fortgeschrittenen bundesdeutschen Wirtschaft wettzumachen.<sup>3</sup> Darüber hinaus war die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes im Rahmen der um sich greifenden Globalisierung der Wirtschaftsbeziehungen<sup>4</sup> zunehmend bedroht und es galt, diese auch nach der Wiedergewinnung der deutschen Einheit 1989 zu verteidigen und langfristig zu sichern. Hinzu kam zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine internationale Finanzkrise, die das Bankensystem, zahlreiche Staatshaushalte und Währungen an den Rand des Zusammenbruchs brachte.

Das Jahr 1989 sollte zu einem Schicksalsjahr der deutschen Geschichte werden und bildet insoweit eine Zäsur in der politischen und sozialökonomischen Entwicklung des Landes. „Am Anfang war Gorbatschow“, so lässt sich in Anlehnung an Thomas Nipperdey<sup>5</sup> und Andreas Rödder<sup>6</sup> die weltpolitische Epochenwende am Ende der 1980er Jahre charakterisieren. In Deutschland bewirkte diese 1989/90 den Zusammenbruch des DDR-Regimes und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten innerhalb nur weniger Monate. Das stellte Wirtschaft und Politik vor unerwartete und gänzlich neue Herausforderungen. Ein derartiges Szenario war von keinem Politikberater vorausgesehen worden und Politik und Wissenschaften standen dieser Si-

---

1 Zu dieser Zäsur vgl. Milanovic 2017, S. 216 – 223.

2 Im Überblick Steiner 2004.

3 Zu den zahlreichen ökonomischen Problemen der wiedergewonnenen deutschen Einheit: Sinn/Sinn 1991.

4 Knapp dazu: von Weizsäcker 1999.

5 Nipperdey (1993, S. 11) verweist auf die Epochenwende zu Anfang des 19. Jahrhunderts und beginnt seine Ausführungen mit „Am Anfang war Napoleon“.

6 Rödder (2009, S. 15) folgt dem Beispiel von Nipperdey und beginnt sein Werk mit „Am Anfang war Gorbatschow“.

tuation zunächst relativ hilflos gegenüber.<sup>7</sup> Der Weg in den Untergang der DDR<sup>8</sup> und der Prozess der Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands<sup>9</sup> wurden in der neueren Literatur hinlänglich beschrieben und brauchen deshalb hier nicht weiter ausgebreitet zu werden.

Aus der Sicht westlicher Beobachter galt – bis zu ihrem plötzlichen Zusammenbruch – die Wirtschaft der DDR als eine erfolgreiche Industriewirtschaft, die man gelegentlich sogar zu den zwölf stärksten Volkswirtschaften weltweit zählte. Zu dieser Legendenbildung hatte auch die westdeutsche Wirtschafts- und Sozialforschung<sup>10</sup> nicht unwesentlich beigetragen. Schätzungen des Pro-Kopf-Einkommens der DDR-Bürger wurden, amtlich mit etwa 69 Prozent (1989) der Bundesbürger, deutlich zu hoch angesetzt und die Qualitäts- und Preisdifferenzen wurden nur unzureichend berücksichtigt.<sup>11</sup> Deshalb musste das Niveau der Schätzungen des Pro-Kopf-Einkommens in der DDR nach 1989 deutlich nach unten auf lediglich 37 Prozent des Westniveaus korrigiert werden. Als entscheidende Ursache für die Unterschiede im Wohlfahrtsniveau der beiden deutschen Staaten erwies sich eine „Produktivitätslücke“ zwischen den jeweiligen Volkswirtschaften.<sup>12</sup> Diese betrug sich in unterschiedlichen Schätzungen auf eine Zahl zwischen 60 und 80 Prozent des Produktivitätsniveaus in Westdeutschland.<sup>13</sup> Tatsächlich erwiesen sich auch diese Schätzungen als übertrieben optimistisch und die Zahlen für die DDR mussten deshalb auf etwa 30 bis 40 Prozent des Westniveaus halbiert werden.

Für die empirische Wirtschaftsforschung stellten die nach 1989 notwendigen Korrekturen hinsichtlich der Zahlen zur Wirtschaftskraft der DDR wahrlich kein Ruhmesblatt dar. Mängel in der Qualität und Professionalität der zahlreichen Experten allein können dieses Versagen nicht hinlänglich erklären. Desinformationen und Fälschungen der DDR-Behörden kamen hinzu, denen man nur zu gerne Glauben schenken wollte, zumal die DDR, wie sich später herausstellen sollte, auch Einfluss auf die Personalpolitik in einigen Wirtschaftsforschungsinstituten genommen hatte. Politik und Öffentlichkeit in Westdeutschland förderten diesen Selbstbetrug in Wissenschaft und Politik, weil man eine Erfolgsgeschichte der DDR für wahr halten wollte, zumal die DDR besser dastand als ihre „sozialistischen Bruderländer“. Gleichwohl, ein Rest an Ratlosigkeit hinsichtlich der grandiosen Fehleinschätzung über die öko-

---

7 Zur Vorausssehbarkeit zukünftiger Entwicklungen, auch ökonomischer, und zum Untergang der DDR vgl. neuerdings Radkau 2017, S. 11 u. S. 26.

8 Jarausch/Sabrow 1999.

9 Rödter 2009.

10 Man denke etwa an die statistischen Materialien des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen 1971 und 1972.

11 Buchheim 1995, insb. S. 197. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung lieferte die empirische Basis für derart „geschönte“ Rechnungen. Vgl. dazu Rytlewski/Opp de Hipt 1987, S. 98.

12 Ausführlich dazu: Ritschl 1995 und Fremdling 1997.

13 Der amerikanische CIA attestierte der DDR noch 1986 mit 108 Prozent sogar einen Produktivitätsvorsprung vor der bundesrepublikanischen Wirtschaft.

nomische Leistungsfähigkeit der DDR-Wirtschaft bleibt nicht nur in den betroffenen Wirtschaftsforschungsinstituten bestehen.

## 7.1 Auf neuen Wegen (1989 – 2002)

Alle genannten ökonomischen Probleme stellten sich natürlich auch der wissenschaftlichen Arbeit im Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung, das ja darüber hinaus gerade in den vorausgehenden Jahren eine Reihe interner Krisen und Probleme zusätzlich zu bewältigen gehabt hatte. Die hausgemachten Krisen machten zunächst eine Reform des Institutes an Haupt und Gliedern unvermeidlich, ehe man sich den neuen Herausforderungen an die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik angemessen widmen konnte. Erste Schritte auf diesem Wege wurden bereits mit einer neuen Führungsstruktur und der Bestellung eines neuen und erweiterten Präsidiums des RWI unternommen. Allerdings war darüber hinaus wohl auch eine organisatorische und inhaltliche Neubesinnung in der Arbeit des Instituts geboten, deren Umsetzung aber noch einige Zeit beanspruchte und welche die laufende Arbeit des Institutes möglichst wenig in Mitleidenschaft ziehen sollte.

Nach der Übernahme der Präsidentschaft des RWI durch Paul Klemmer am 21. Januar 1989 schien das Institut nach den Fährnissen der vorausgegangenen Jahre in ein ruhigeres Fahrwasser zu gelangen. Der Personalbestand wurde in der Folge innerhalb eines Jahrzehnts von insgesamt 76 Personen (1993) auf 82 Mitarbeiter (2003) erhöht, die Zahl der Wissenschaftler war im selben Zeitraum von 45 auf 53 Personen gewachsen. Diese personelle Expansion spiegelte sich auch im Etat des Hauses: Dem Institut standen Anfang der 1990er Jahre jährlich knapp 9 Mio. DM zur Verfügung und dieser Betrag stieg während der folgenden zehn Jahre auf 10,5 Mio. DM (2001) bzw. 5,8 Mio. Euro/ca. 11,6 Mio. DM (2002) jährlich an.<sup>14</sup>

Die Expansion der materiellen und personellen Ressourcen wurde jedoch begleitet von internen Krisen, die nicht ohne Einfluss auf die Arbeit im Hause bleiben konnten. Das RWI suchte diesen Gefährdungen in den folgenden Jahren durch eine Reihe von Maßnahmen zu begegnen und seine Arbeit den neuen Gegebenheiten erfolgreich anzupassen.

### Reorganisation

Bei der Neugestaltung der Führungsebene des RWI im Jahr 1986 wählte man nach der Auflösung des Direktoriums zunächst wiederum, wie bereits 1971 bei der Einrichtung dieses kollektiven Führungsorgans, eine „hausinterne“ Lösung. Hans Karl Schneider wechselte aus dem wissenschaftlichen Beirat in das Präsidentenamt, Dr. Gregor Winkelmeier verblieb bis zu seinem altersbedingten Ausscheiden im Vorstand und

---

<sup>14</sup> Alle Zahlen aus den RWI-Arbeitsberichten 1993 bis 2002.

ein drittes Vorstandsmitglied wurde mit Ullrich Heilemann aus den Reihen der Mitarbeiter zugewählt. Eine damals bereits angedachte „externe“ Lösung war unter den gegebenen Umständen 1986 noch nicht umzusetzen, obwohl mit dem internen Direktorium von 1971 keine guten Erfahrungen gemacht worden waren und der Wissenschaftsrat der Arbeit des Instituts in dieser Konstellation ein ausgesprochen schlechtes Zeugnis ausgestellt und mit dem Entzug der öffentlichen Finanzunterstützung gedroht hatte.<sup>15</sup> Welche konkreten Motive damals zur Entscheidung für eine hausinterne Lösung geführt hatten, bleibt unklar. Doch auch 1986 schienen es erneut Rücksichten auf die Befindlichkeiten der Mitarbeiter des Hauses, die lokalen Interessen der versammelten Honoratioren, übergeordnete politische Interessen, vielleicht auch unzureichende Kenntnisse über die Entwicklungen im externen Wissenschaftsbereich gewesen zu sein, welche die Mitglieder des Verwaltungsrats zu dieser Entscheidung brachten.

Bis zum 31. Januar 1988 hatte dem Vorstand des RWI neben Prof. Hans Karl Schneider als dem Präsidenten und Dr. Ullrich Heilemann auch noch Dr. Gregor Winkelmeyer angehört. Im Jahr 1989 wurde dann der Vorstand erneut umgestaltet. Hans Karl Schneider war es nach mehreren vergeblichen Versuchen endlich gelungen, das Amt des RWI-Präsidenten abzugeben, weil mit Paul Klemmer ein Nachfolger für ihn gefunden worden war.<sup>16</sup> Dr. Winkelmeyer trat in den Ruhestand, sodass seit dem 21. Januar 1989 der Vorstand aus folgenden drei Personen bestand: Prof. Dr. Paul Klemmer von der Ruhr-Universität Bochum (RUB), Dr. Ullrich Heilemann aus dem RWI und Prof. Dr. Rüdiger Pohl von der FernUniversität Hagen.<sup>17</sup> Klemmer wurde vom Verwaltungsrat für eine Amtsperiode von fünf Jahren gewählt und bekleidete den Posten des Präsidenten im Nebenamt neben seiner Haupttätigkeit an der RUB.

Im Januar des Jahres 1989 war zeitgleich mit Paul Klemmer auch Rüdiger Pohl, Professor an der FernUniversität Hagen, ebenfalls für fünf Jahre als Vizepräsident in den Vorstand des RWI berufen worden,<sup>18</sup> der damit vollständig war. Doch Pohls Mitarbeit im RWI währte nicht lange, denn bereits zwei Jahre nach seinem Eintritt in das Institut erklärte er gegenüber dem Verwaltungsrat seinen Rückzug aus der Arbeit des Hauses. Als Begründung diente ihm Arbeitsüberlastung, der er als Mitglied des Sachverständigenrates bereits seit 1986 unterliege. Und so gab Prof. Pohl bereits zum 1. Februar 1991 das Amt des RWI-Vizepräsidenten wieder ab. Nach Ausscheiden von Rüdiger Pohl bestand der Vorstand des RWI für über zehn Jahre nur noch aus zwei Personen, nämlich dem im Nebenamt wirkenden Präsidenten Prof. Paul Klemmer, der mit zahlreichen Aufgaben und Ämtern an der Ruhr-Universität und darüber hinaus

---

<sup>15</sup> Vgl. dazu ausführlich weiter oben unter Punkt 6.2.2.

<sup>16</sup> So meldete die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.6.1989: „Paul Klemmer neuer RWI-Präsident“.

<sup>17</sup> RWI Arbeitsbericht 1988, S. 7.

<sup>18</sup> Ebda.

betrault war, und bis 2004 dem Vizepräsidenten Ullrich Heilemann (seit 1986), der im Haus selbst wesentlich die Verantwortung trug.<sup>19</sup>

**Paul Klemmer** wurde am 30. Dezember 1935 in Freiburg im Breisgau geboren. An der Universität Freiburg studierte er Volkswirtschaftslehre, legte 1960 die Diplomprüfung für Volkswirte ab und wurde danach wissenschaftlicher Assistent bei J. H. Müller im Institut für Regionalpolitik und Verkehrswissenschaft an der Universität Freiburg. In Freiburg wurde Klemmer 1966 mit einer Arbeit aus dem Bereich der Arbeitsmarktforschung promoviert<sup>20</sup> und vier Jahre später, im Jahre 1970, mit einer Arbeit zur Raumforschung, in der er u. a. als methodisches Instrument die moderne Faktorenanalyse nutzte, ebendort habilitiert.<sup>21</sup>

Noch im selben Jahr wurde er zum ordentlichen Professor für „Wirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik“ an die Ruhr-Universität Bochum berufen und bekleidete diesen Lehrstuhl bis zu seinem Ausscheiden aus dem Hochschuldienst im Jahre 2000. Wegen seiner raumwissenschaftlichen Expertise wurde Klemmer 1974 auch ordentliches Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung in Hannover. Diesem Forschungsschwerpunkt blieb er weiterhin verpflichtet, gründete 1979 in Bochum das „Ruhr-Forschungsinstitut für Innovations- und Strukturpolitik“ (RUFIS) und wurde 1980 Mitglied des Rates der Sachverständigen für Umweltfragen der Bundesregierung. 1987 berief man ihn zudem in den Wissenschaftlichen Beirat des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. 1989 wurde er schließlich zum Präsidenten des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung gewählt, trat das Amt im folgenden Jahr an und behielt diese Position bis zur Wahl seines Nachfolgers im Jahr 2002 inne. Auch in den Folgejahren blieb er als Ehrenmitglied dem Hause eng verbunden. Dort wirkte er als ein im neoklassischen Denkgebäude beheimateter, pragmatischer Liberaler, der sich schon früh dem Thema der Nachhaltigkeit ökonomischen Handelns zugewandt hatte.<sup>22</sup> Zudem galt er als „bekennder Europäer“ und wurde deshalb im Rahmen der europäischen Integration aktiv. Während seiner Zeit am RWI war er von 1994 bis 2001 zugleich Gastprofessor an der University of Strathclyde in Glasgow und arbeitete dort im European Research Center of Glasgow. Am 26. Juli 2006 starb Paul Klemmer im siebzigsten Lebensjahr.

---

<sup>19</sup> Über die Wertschätzung seiner Arbeit innerhalb des Hauses und darüber hinaus gibt die Tatsache Auskunft, dass 1999, zum 25-jährigen Dienstjubiläum Ullrich Heilemanns, das RWI eine Festveranstaltung organisierte, auf der Reimut Jochimsen, Präsident der Landeszentralbank NRW, den Festvortrag zum Thema „Perspektiven regionaler Strukturpolitik – Herausforderungen für Deutschland auf der Schwelle zum 21. Jahrhundert“ gehalten hat. Vgl. RWI Mitteilungen. Zeitschrift für Wirtschaftsforschung, Jg. 50 (1999), H. 1/2, S. 1–12.

<sup>20</sup> Seine Dissertation erschien 1967 als: Wichtige Erscheinungsformen der Lohnquote. Ihre inhaltliche Deutung und Verwendung durch die Sozialpartner in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1967.

<sup>21</sup> Titel der Arbeit: Der Monopolisierungsgrad der Stadtregionen, Hannover 1971.

<sup>22</sup> So die Charakterisierung seines wissenschaftlichen Standortes in: RWI Mitteilungen. Zeitschrift für Wirtschaftsforschung 53. Jg. (2002): Wirtschaftlicher Strukturwandel und Wirtschaftspolitik auf dem Wege in die wissensbasierte Ökonomie (Festschrift für Paul Klemmer), S. 3–15: „Zu diesem Heft“.



**Abb. 10:** Paul Klemmer (Fotostudio Schepeler, Sprockhövel)

Ullrich Heilemann, das dritte Mitglied des Vorstandes, war bereits 1974 als wissenschaftlicher Mitarbeiter in das RWI eingetreten, wurde dort 1980 zum leitenden Angestellten ernannt und hatte sich 1986 erfolgreich um die ausgeschriebene Stelle im Vorstand des Instituts beworben. Zugleich mit seiner Ernennung zum Vorstandsmitglied wurde er zum Leiter der Konjunkturabteilung des RWI bestellt. Der Verwaltungsrat wählte daraufhin Ullrich Heilemann auf seiner Sitzung am 20. November 1986 in den Vorstand des RWI.

**Ullrich Heilemann** wurde am 26. Oktober 1944 in Leipzig geboren. Im Wintersemester 1969/70 begann er an der Universität Mannheim mit dem Studium der Volkswirtschaftslehre.

Die Diplomprüfung für Volkswirte absolvierte er am 25. Oktober 1973.<sup>23</sup> Heilemann trat zum 15. Februar 1974 als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Strukturabteilung in das RWI ein.

---

<sup>23</sup> Der Titel der Diplomarbeit lautete: „Kritische Analyse der Raumordnungsberichte der Bundesregierung als regionale Entscheidungshilfe“.

Neben seiner Tätigkeit am RWI, wo er insbesondere an ökonometrischen Konjunkturmodellen mitarbeitete, arbeitete er an seiner Promotion und wurde am 14. November 1979 an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster promoviert.<sup>24</sup> Doch nicht nur zur Universität Münster, auch zur Universität zu Köln knüpfte er Verbindungen und betreute dort bereits im Sommersemester 1975 ein Seminar des RWI-Präsidenten Prof. Schneider mit dem Titel „Gesamtwirtschaftliche Modelle“. 1978 wurde er im RWI zum Leiter der Regional-Forschungsgruppe bestellt. Nach der Promotion erfolgte zudem die Ernennung zum „Senior Economist“ und er wurde zugleich mit der Schriftleitung der RWI-Mitteilungen betraut.

Während seiner langjährigen Forschertätigkeit im RWI unternahm Ullrich Heilemann zahlreiche Vortrags- und Forschungsreisen, die ihn auch mehrfach in die USA führten. So konnte er bereits von Februar bis Juli 1977 ein DAAD-Forschungsstipendium an der Harvard University wahrnehmen und reiste im Sommer 1980 erneut zu weiteren Vorträgen in die USA. Aber auch in Deutschland sammelte er zusätzliche Lehrer Erfahrungen außerhalb des Forschungsinstituts. Seit 1978 war Heilemann seitens des RWI an der Erstellung der Gemeinschaftsdiagnose der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute in der Bundesrepublik beteiligt. 1986 wurde er schließlich auch in den Vorstand des RWI berufen, wo er zunächst für die Arbeitsgebiete „Sektorale Strukturanalysen“, „Öffentliche Finanzen und Steuern“ sowie „Regionalwirtschaftliche Analysen, Eisen und Stahl“ zuständig war, alsbald aber zum Leiter der Konjunkturabteilung bestellt wurde. Im Sommer des Jahres 1987 reiste er erneut in die USA zu einem Forschungsaufenthalt an das Massachusetts Institute of Technology (MIT) in Boston. Im Jahr 1989 wurde er an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster mit der *venia legendi* „Empirische Wirtschaftsforschung“ habilitiert und dort 1994 mit einer apl. Professur ausgezeichnet.

An der Universität/Gesamthochschule Duisburg vertrat er im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften das Fach „Volkswirtschaftslehre, insbesondere empirische Wirtschaftsforschung“. Im September 2003 schied er als Vizepräsident aus dem Vorstand des RWI aus, um an der Universität Duisburg/Essen einen Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre zu übernehmen.<sup>25</sup> Zum 1. April 2004 wechselte er an die Universität Leipzig und wurde dort Universitätsprofessor für das Fach „Empirische Wirtschaftsforschung/Ökonometrie“ und zugleich zum Direktor des Instituts für Empirische Wirtschaftsforschung (IEW) ernannt. Im Jahr 2010 trat Ullrich Heilemann in den Ruhestand.

Paul Klemmer zeigte sich am Ende seiner ersten Amtsperiode 1993 bereit, für eine weitere fünfjährige Wahlperiode zur Verfügung zu stehen. Am Ende der zweiten Amtszeit, im Zuge der verzögerten Berufung eines Nachfolgers, musste die Amtsperiode bis zum Amtsantritt des neuen Präsidenten verlängert werden. Auch Ullrich Heilemann war 1991 nochmals auf fünf Jahre befristet in den Vorstand gewählt wor-

<sup>24</sup> Thema der Dissertation: „Zur Prognoseleistung ökonometrischer Konjunkturmodelle für die Bundesrepublik Deutschland“.

<sup>25</sup> Pressemitteilung des RWI vom 24.9.2003.

den. Bei der turnusgemäß anstehenden Wiederwahl in den Vorstand im Jahre 1991 äußerte sich der Präsident Prof. Klemmer zu seinem nach Ausscheiden von Prof. Pohl nunmehr alleinigen Vorstandskollegen und charakterisierte ihn als einen „kompetenten und vorzüglichen Wissenschaftler“ mit „hervorragender wissenschaftlicher Reputation“, mit dem er sich eine weitere Zusammenarbeit wünsche.<sup>26</sup> Daraufhin wurde Dr. Heilemann 1991 zunächst für weitere fünf Jahre in den Vorstand des RWI gewählt. Im Jahre 1994 wurde ihm dann, mittlerweile Privatdozent an der Universität Münster, durch den Verwaltungsrat der Titel „Vizepräsident“ des RWI verliehen.<sup>27</sup>

Ullrich Heilemanns wissenschaftliche Karriereambitionen waren mit der Erreichung der Position eines Vizepräsidenten am RWI offenbar noch längst nicht befriedigt, zumal ihm die Universität Münster am 28. November 1994 eine außerplanmäßige Professur zuerkannte.

Bereits im November 1994 sprach Heilemann ein Problem an, in dem seit Jahren die unzureichende Außenwirkung und -darstellung des Hauses sichtbar wurde. Im Jahr zuvor hatte der Präsident feststellen müssen, dass eine Einbindung von Wissenschaftlern des RWI in den Fachbereich 5 (Wirtschaftswissenschaften) der Universität Essen schwierig sei. Er vermisse eindeutige Signale der Essener Fakultät. Offenbar bereitete die Kontaktaufnahme von Mitarbeitern des RWI mit dem Wissenschaftsbetrieb außerhalb des eigenen Hauses immer noch große Schwierigkeiten. Dies war ja schon bei der vorausgegangenen Begutachtung durch den Wissenschaftsrat im Jahr 2000 moniert worden.<sup>28</sup> Obwohl die Kritik des Wissenschaftsrats zu strukturellen Veränderungen in der Arbeit des Instituts geführt hatte, waren diese offenbar nur von begrenztem Erfolg gewesen. Die Besetzung der Position des Vizepräsidenten im Rahmen einer „Hausberufung“ war gewiss nicht geeignet, den unterschwelligen Vorbehalten von Wissenschaftlern außerhalb des Hauses gegenüber dem RWI entgegenzuwirken. Und nur wenige Jahre später, bei der Suche nach einem Nachfolger des Präsidenten, wurde die altbekannte Problematik erneut virulent.

### 7.1.1 Die Arbeit im Institut

#### Gutachten des Wissenschaftsrats

Bereits im April 1994 hatte die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung den Wissenschaftsrat beauftragt, Empfehlungen zur Neuordnung der Institute der Blauen Liste vorzulegen.<sup>29</sup> Dieser Bitte war der Wissenschaftsrat

<sup>26</sup> RWI: Protokoll der Verwaltungsratssitzung und der Mitgliederversammlung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung am 12.7.1991, S. 6.

<sup>27</sup> RWI: Protokoll der Verwaltungsratssitzung und Mitgliederversammlung des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung am 25.4.1994, S. 3.

<sup>28</sup> Vgl. weiter unten Punkt 7.1.1.

<sup>29</sup> Zum Wissenschaftsrat und zu den Reorganisationsmaßnahmen der Forschungsinstitute vgl. auch weiter oben Punkt 6.2.2.

nachgekommen und konnte im November 2000 eine Systemevaluation der Blauen Liste abschließen.<sup>30</sup> Dabei orientierte sich der Wissenschaftsrat an den Thesen zum Um- und Ausbau des Wissenschaftssystems, die er kurz zuvor noch einmal ausführlich dargelegt hatte.<sup>31</sup> Für die Wirtschaftsforschungsinstitute galt insbesondere die Forderung, dass die Politikberatung „fachlich qualifiziert und auf der Grundlage guter wissenschaftlicher Arbeit“ wahrgenommen werden müsse. Bis auf eine Institution wurden die in der Blauen Liste angeführten, gemeinsam von Bund und Ländern geförderten Forschungseinrichtungen nunmehr in der umbenannten Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz (WGL) zusammengefasst.<sup>32</sup>

Auch im RWI wurde eine Begehung durch eine Bewertungsgruppe des Wissenschaftsrates durchgeführt. Der Besuch der Bewertungsgruppe erfolgte in Essen am 3. Juni 1996 und für den Januar 1997 wurden die Ergebnisse der Begehung erwartet. Bis auf die Stellungnahme zum Hamburger Weltwirtschaftsarchiv (HWWA) verzögerte sich die Veröffentlichung der Bewertungsergebnisse allerdings erheblich. Dies hatte auch damit zu tun, dass sich eine umfangreiche Diskussion um die angemessenen Bewertungskriterien wirtschaftswissenschaftlichen Arbeitens entfaltet hatte. Es wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die derartige Kriterien erarbeiten sollte. Deren Ergebnisse sollten bis Herbst 1997 vorliegen. Doch bis dahin war der Entwurf eines Berichts, das RWI betreffend, bereits bekannt geworden und hatte im Hause zu einigen Veränderungen geführt. Im Bericht war nämlich eine ganze Reihe von Monita und Empfehlungen enthalten, die alle auf eine angestrebte „Verbesserung der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit“ des Instituts zielten.<sup>33</sup> Diese bezogen sich sowohl auf die wissenschaftliche Arbeit in den verschiedenen Forschungsgruppen des RWI wie auch auf die organisatorische Praxis.

Der Vorstand des Instituts diskutierte daraufhin mit dem Verwaltungsrat, dem Forschungsbeirat sowie mit den Forschungsgruppenleitungen und der gesamten Belegschaft die vorzeitig bekannt gewordenen Einschätzungen der Arbeit des Hauses durch den Wissenschaftsrat und brachte daraufhin erste Schritte zur Umsetzung der Empfehlungen auf den Weg. Die anstehende Aktualisierung des langfristigen Forschungsplans hatte sich ebenfalls an diesen Vorgaben orientiert. Die erst im Frühjahr

---

**30** Wissenschaftsrat, Systemevaluation der Blauen Liste – Stellungnahme des Wissenschaftsrates zum Abschluss der Bewertung der Einrichtungen der Blauen Liste, Köln 2000. In den Jahren 1998 und 1999 waren bereits die Fraunhofer-Gesellschaft als Trägerorganisation der deutschen industrieorientierten Vertragsforschung, die Max-Planck-Gesellschaft und die Deutsche Forschungsgemeinschaft vom Wissenschaftsrat begutachtet worden. Eine Systemevaluation der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren stand ebenfalls kurz vor der Fertigstellung.

**31** Wissenschaftsrat, Thesen zur zukünftigen Entwicklung des Wissenschaftssystems in Deutschland, Köln 2000.

**32** Man folgte dabei offensichtlich dem Beispiel der übrigen außeruniversitären Forschungseinrichtungen, der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V., der Fraunhofer-Gesellschaft und der Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren, die sich alle mit den Namen berühmter Wissenschaftler schmücken.

**33** RWI Arbeitsbericht 1996, Essen 1997, S. 8.

1998 abschließend formulierte Bewertung durch den Wissenschaftsrat<sup>34</sup> kam hinsichtlich des RWI zwar zur „grundsätzlichen Empfehlung der Weiterförderung“, plädierte aber zugleich für eine „Überprüfung der Umsetzung der Empfehlungen zur Verbesserung der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit“<sup>35</sup> nach nur drei Jahren. Damit war ein Signal gesetzt, dass es mit der bislang geübten Praxis des Hauses nicht einfach weitergehen konnte und grundlegende Maßnahmen zur qualitativen Verbesserung der Arbeit nötig waren.

Einen Anfang machte man mit einer Reorganisation der Gremien des Vereins und des Instituts. Nach „langer Diskussion“ im Verwaltungsrat einigte man sich auf eine Verringerung der Mitgliederzahl dieses Gremiums auf maximal 15 Personen, während bisher etwa die doppelte Zahl von Vertretern verschiedener Institutionen, von den NRW-Ministerien bis hin zu lokalen Einrichtungen und regionalen Handelskammern, dort mit entsprechend unterschiedlichen Interessen vertreten war.<sup>36</sup> Das war offenbar bei der Reorganisation des Instituts unter Walther Däbritz nach der Wiederbegründung in den 1950er Jahren ganz bewusst so eingerichtet worden, um den Einfluss dieses heterogen besetzten Gremiums zu beschränken und so dem Vorstand Freiräume in der Gestaltung der wissenschaftlichen Arbeit zu verschaffen.<sup>37</sup> Der Forschungsbeirat, der als „Wissenschaftlicher Beirat“ von Walther Däbritz ursprünglich sogar abgeschafft worden war<sup>38</sup> und erst später wieder eingerichtet wurde, sollte nunmehr gestärkt und von vier Mitgliedern (1994 und 1995) bis 1998 auf acht Mitglieder vergrößert werden. Bis dahin hatte dieses Organ für die Arbeit des Hauses nur ein Schattendasein geführt, jetzt sollte es aber mit erweiterten Aufgaben betraut und in seiner Stellung gestärkt werden.

Dem Forschungsbeirat wurden als neue Aufgaben ausdrücklich die Erörterung und Bewertung der langfristigen Forschungsplanung des RWI und die Festlegung der Forschungspolitik insgesamt übertragen. Auch sollte er Einfluss auf das Veranstaltungsprogramm des Hauses nehmen. Die Leiter der einzelnen Forschergruppen sollten zukünftig die Arbeiten ihrer Gruppen dort vorstellen und sich einer Diskussion der theoretischen und empirischen Grundlagen ihrer Arbeit stellen. Einen besonderen Schwerpunkt der Erörterungen im Forschungsbeirat stellte die Entwicklung interner Evaluierungskriterien der wissenschaftlichen Arbeit des Instituts dar. Hierzu hatten vor allem die Monita Anlass gegeben, die der Wissenschaftsrat gegenüber der Forschergruppe „Weltwirtschaft“ vorgebracht hatte und die seitens des RWI „zu-

---

**34** Mit Schreiben der Vorsitzenden, Frau Prof. Dr. Dagmar Schipanski, wurde dem RWI die Stellungnahme des Wissenschaftsrates zur Arbeit des RWI und der übrigen Wirtschaftsforschungsinstitute der Blauen Liste übermittelt.

**35** RWI Arbeitsbericht 1997, Essen 1998, S. 8.

**36** Im Jahr 1997 hatte der Verwaltungsrat noch 31 Mitglieder. Im Jahr 1998 wurde die Zahl deutlich auf 12 Personen verkleinert. RWI Arbeitsbericht 1997, S. 7 und RWI Arbeitsbericht 1998, S. 7.

**37** Vgl. dazu die Ausführungen weiter oben unter Punkt 1.3.1.

**38** Ebda.

stimmend und unterstützend zur Kenntnis“ genommen wurden.<sup>39</sup> Der Wissenschaftsrat hatte eine Schließung dieser Abteilung und eine Integration der Mitglieder in die übrigen Forschergruppen empfohlen. Dazu konnte man sich im RWI nicht entschließen, sondern man begann, die Arbeit dieser Abteilung unter dem Namen „Internationale Wirtschaftsbeziehungen“ neu auszurichten (ab 1999).

Langfristig sollte der Forschungsbeirat, den Vorstellungen der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz folgend, intern eine „permanente Evaluation“ der betreffenden Forschungsinstitutionen vornehmen. Der damit wachsende Arbeitsaufwand der Mitglieder des Forschungsbeirates sollte durch einen Rückgriff auf formale Beurteilungskriterien (externe Publikationen, Teilnahme an Tagungen, DFG-Projekte) begrenzt werden. Tatsächlich brachte der Forschungsbeirat eine derartige interne Evaluation der einzelnen Forschergruppen des RWI zeitnah auf den Weg.<sup>40</sup>

Auch der Verwaltungsrat selbst schaltete sich neben dem Forschungsbeirat in die Diskussion ein, indem er die Mitarbeiter anregte, in Zukunft verstärkt in referierten Zeitschriften zu publizieren, häufiger Anträge bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) zu stellen sowie eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Hochschulen anzustreben. Der Führung des Hauses wurde die Förderung von Promotionen der Mitarbeiter ans Herz gelegt und ebenso eine Erhöhung des Anteils befristeter Stellen.

### Forschungsplanung

Mit dem Amtsantritt von Paul Klemmer schienen zunächst die Zeichen der Zeit erkannt worden zu sein und im RWI wurden erste Maßnahmen zur Verbesserung des wissenschaftlichen Arbeitens ergriffen. Einen ersten wichtigen Schritt stellte dabei die Ausarbeitung eines umfassenden Forschungsplanes für die kommenden Jahre dar, um der bis dahin weitgehend unkoordinierten Arbeit der verschiedenen Abteilungen des Instituts ein Ende zu setzen.<sup>41</sup> Hinzu kamen neue Schwerpunktsetzungen, die sich im Zusammenhang mit der Berufung Paul Klemmers zum Präsidenten, wegen dessen besonderer Expertise, u. a. auf den Bereich der Umwelt- und Ressourcenökonomik richteten.

Der Versuch einer Forschungsplanung war schon einmal einige Jahre zuvor unternommen worden. Damals mutete dieses Projekt noch eher kurios an und es verrät einiges über die vorherrschende Einstellung des Hauses unter dem alten Direktorium. Im vermutlich ersten, ganze vier Seiten umfassenden „Forschungsplan für das Jahr 1976/77“ findet sich lediglich eine Liste der laufenden Tätigkeiten, wie sie nahezu identisch auch in den *Arbeitsberichten* zu finden ist. Neben den aktuellen Arbeiten<sup>42</sup>

<sup>39</sup> RWI Arbeitsbericht 1998, S. 11. Eine Umbenennung dieses Forschungsbereichs „zur besseren Kennzeichnung“ wurde angeregt.

<sup>40</sup> RWI Arbeitsbericht 2001, S. 10.

<sup>41</sup> RWI Forschungsplan 1992–1997, Essen 1993.

<sup>42</sup> Gegliedert in *Konjunkturberichte*, *Konjunkturbericht Handwerk*, *Konjunkturbriefe*, *Mitteilungen* (vorgesehene Beiträge), *RWI Papiere* und sonstige laufende Arbeiten. Die Hefte der unterschiedlichen

der verschiedenen Abteilungen wurden Gutachten und sonstige Forschungsprojekte namentlich angeführt. Erst im folgenden „Forschungsplan für das Jahr 1977/78“ erfolgte in einem einzigen knappen Satz eine Erläuterung zu diesem nur als ignorant zu klassifizierenden Vorgehen. Der Satz lautet: „Der Forschungsplan des Instituts für das Jahr 1977/78 kann wegen des aktuellen Bezugs der Arbeiten und der nicht vorhersehbaren Themen der Auftragsarbeiten nur sehr summarisch beschrieben werden.“ Auf wessen Initiative dieser Versuch einer längerfristigen Planung der Forschungsaktivitäten auch immer zurückzuführen gewesen sein mag, den Verantwortlichen schien ein derartiges Unterfangen wohl nicht nur entbehrlich, sondern offenbar aus der Sicht des Instituts gänzlich unmöglich. An dieser Einschätzung änderte sich in den folgenden Forschungsplänen auch nichts mehr, die bis 1981/82 in gleicher, nichtssagender Form erschienen und dann offenbar eingestellt wurden.

Erst eine neue Initiative durch Paul Klemmer aus dem Jahre 1992 brach mit dieser an Planungsverweigerung grenzenden frühen Praxis und eine entsprechende neue Forschungsplanung sollte den Forschungsgruppen nunmehr „als Orientierungslinie für ihre Arbeit“ dienen. Im ersten Teil eines ausführlicheren Planes für den Zeitraum 1992 bis 1997 wurden „Orientierungspunkte der künftigen Forschungsaktivitäten des RWI entwickelt“ und in einem zweiten Teil „deren konkrete Umsetzung in die Forschungsaktivitäten der einzelnen Forschungsgruppen dargestellt“. <sup>43</sup> Schließlich wurden in einem dritten Teil die bisherigen Forschungsleistungen durch die Auflistung ausgewählter Veröffentlichungen der Mitarbeiter des Instituts dokumentiert.

Was nun die allgemeinen Orientierungspunkte für die zukünftige Arbeit betraf, so wurden die erwarteten wirtschaftspolitischen Herausforderungen der nächsten Jahre besonders hervorgehoben. Dazu zählten neben den wirtschaftlichen Schwierigkeiten der deutschen Einheit vor allem die internationalen Probleme mit der Integration Europas im Zusammenhang mit den Beitrittsbegehren der osteuropäischen Staaten und darüber hinaus die Herausforderungen durch die Globalisierung der Weltwirtschaft. Die vom neuen Präsidenten, Paul Klemmer, bei seinem Amtsantritt besonders hervorgehobenen künftigen Aufgaben im Bereich der Umweltpolitik, der Regionalforschung und der europäischen Integration erhielten angesichts der aufkommenden Krisen eine besondere Bedeutung. Zur Selbstvergewisserung der Arbeit im Institut waren insbesondere auch Hinweise auf „Theoretische, methodische und empirisch/statistische Entwicklungen“ <sup>44</sup> angefügt, auch wenn relativierend zugleich darauf hingewiesen wurde, dass eine „detaillierte Auseinandersetzung mit den hier anzusprechenden Entwicklungen [...] an dieser Stelle nicht möglich“ sei.

Man begnügte sich deshalb mit der Aufzählung einiger Theoriekonzepte einer als eklektisch/pluralistisch empfundenen Wirtschaftswissenschaft und verwies auf neuere Konzepte der Mikrofundierung gesamtwirtschaftlicher Analysen, nämlich auf

---

Publikationen sind online einsehbar unter: <http://www.rwi-essen.de/publikationen/> [zuletzt abgerufen am 19.12.2017].

<sup>43</sup> RWI Forschungsplan 1992–1997, Essen 1993.

<sup>44</sup> Ebda., S. 10–12.

die Erwartungsbildung der Wirtschaftssubjekte, auf die Neue Industrie- und die Institutionenökonomik sowie auf eine „neue“ Wachstums- und eine „neue“ Außenhandelstheorie. Was die Methoden der Wirtschaftsforschung anbetrifft, so hielten die Forscher den Trend zur Quantifizierung ökonomischer Analysen für ungebrochen, da insbesondere die Verbesserung statistischer Testverfahren diese Entwicklung nachhaltig unterstütze. Und vor allem in diesem Forschungsfeld sah sich das Haus mit dem RWI-Strukturmodell gut aufgestellt. Als Ergänzung zu diesem Modell wurde die Entwicklung eines „rechenbaren“ allgemeinen Gleichgewichtsmodells erwogen. Die empirische Basis dazu liege in der wachsenden Verfügbarkeit nationaler und internationaler Datenbanken, zu deren Entwicklung das RWI nicht unwesentlich beigetragen habe.<sup>45</sup>

Inwieweit das Institut den selbstgestellten Aufgaben gerecht werden konnte, hing nach Meinung der Autoren in großem Maße von der Verfügbarkeit entsprechender wissenschaftlicher Ressourcen ab. Für das RWI als kleinstem der fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in Deutschland erschien deshalb die Ausweitung des Wissenschaftlerstabes wenig wahrscheinlich. Zudem sei zu erwarten, dass „die bisherige theoretische und empirische Kompetenz nicht a priori für alle neuen Aufgaben in gleicher Weise gegeben oder kurzfristig zu erreichen“ war – so hieß es schon in einer kritischen Selbsteinschätzung des Jahres 1993. Dazu trug gewiss auch die Überalterung des wissenschaftlichen Personals, gemessen an der durchschnittlichen Verweildauer und dem Durchschnittsalter der Mitarbeiter, entscheidend bei. Alles in allem entfaltete der Forschungsplan eine eher betrübliche Perspektive für die Forschungsarbeit des RWI während der kommenden Jahre.

Hinsichtlich der zukünftigen Forschungsaktivitäten der einzelnen Abteilungen des RWI ließen sich unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Die Forschungsgruppe „Weltwirtschaft“ hatte sich bislang eher als eine quer zu den übrigen Forschungsgruppen liegende Abteilung verstanden, die den übrigen Wissenschaftlern in deren jeweiligen Arbeiten mit internationalen Informationen hilfreich zur Seite stand. Dies galt insbesondere für Vor- und Zuarbeiten für die Konjunkturanalyse und die Strukturberichterstattung. „Diese Aufgaben werden auch in Zukunft einen wesentlichen Teil der Kapazitäten der Forschungsgruppe binden.“ Für die Konjunkturabteilung war insbesondere die „Erweiterung des Konjunkturmodells zu einer vollständigen gesamtdeutschen Version“ die herausragende Herausforderung. Für die Strukturabteilung mit ihren regionalwirtschaftlichen Analysen stellte sich „die Bewältigung der deutschen Vereinigung, die europäische Integration sowie die Einbeziehung der mittel- und osteuropäischen Staaten in einen europäischen Wirtschaftsraum als regionalpolitische Problemstellung“ dar, die in bewährter Weise zu bearbeiten war. Ähnliches galt im Hinblick auf sektorale Strukturanalysen, wobei hier im Bereich von

---

<sup>45</sup> Der Forschungsbericht verweist hier auf die eigenen Input-Output-Tabellen, die Konsumverflechtungstabellen, die Kapitalbestandsrechnung, die Verkehrsverflechtungstabellen, die Wirtschaftszweige-Berufe-Matrizen bzw. die Wirtschaftszweige-Tätigkeits-Matrizen.

Umwelt- und Naturschutz neue Prioritäten gesetzt werden sollten, die eine Erweiterung der Strukturberichterstattung unumgänglich erscheinen ließen. Das ließ sich auch aus den Forschungsgruppen „Eisen und Stahl“ sowie „Energiewirtschaft“ vermelden. Für den Bereich „Handwerk, Handel, Mittelstand und Betriebsgrößenstruktur“ trat vor allem die Umgestaltung der Unternehmensstruktur Ostdeutschlands als ein wichtiges neues Forschungsfeld in den Gesichtskreis, und die gewaltigen Probleme der Finanzierung der deutschen Einheit boten der Forschergruppe „Öffentliche Finanzen und Steuern“ wahrlich genug Arbeitsmöglichkeiten in den kommenden Jahren.

Die angeführten ausgewählten Veröffentlichungen spiegelten vor allem noch die Praxis der Vergangenheit. Publikationen erfolgten fast ausschließlich in deutscher Sprache und vornehmlich in institutseigenen Reihen. Das war gewiss nicht das, was an der Wende zum 21. Jahrhundert als „state of the art“ innerhalb der Wirtschaftswissenschaften galt. Die bis dahin vom Institut zu verantwortenden Publikationsreihen lassen sich bis in die Fünfzigerjahre zurückverfolgen oder waren gar als Fortsetzungen der bereits in der Vorkriegszeit begonnenen Reihen anzusehen. Dazu zählte in erster Linie die hauseigene, vierteljährlich erscheinende wissenschaftliche Zeitschrift, die *Mitteilungen*.<sup>46</sup> Die *Schriftenreihe* setzte mit ihrer Neuen Folge seit 1951 eine bereits 1939 begründete Tradition fort. Ähnliches gilt für die *Konjunkturberichte*, die bereits zwischen 1929 und 1939 erschienen waren und die als Neue Folge 1950/51 wieder aufgenommen wurden. Hinzu kamen seit 1959 unregelmäßig erscheinende, knappe, eher für den Hausgebrauch bestimmte *Konjunkturbriefe* im Umfang weniger Seiten zur raschen Information über aktuelle Fragen. Anlässlich der Gründung einer eigenen Handwerksabteilung wurden ab dem Jahr 1954 besondere *Handwerksberichte* publiziert.<sup>47</sup> Diese jährlichen Berichte über die Konjunkturentwicklung im Handwerk wurden 1995 eingestellt.

Als Neuerung unter dem neuen Präsidenten kam hinzu, dass die 1975 begründeten *RWI Papiere*, die zunächst lediglich in hektographierter Form im DIN-A-4-Format erschienen waren, nun ab 1991 aufgewertet und gedruckt wurden. Es handelte sich bei dieser Reihe zunächst um eine Publikation der Strukturabteilung des RWI,<sup>48</sup> in der die ökonometrischen Modelle und deren empirische Datenbasis ausführlich dokumentiert wurden. Erst ab 1991 wandte sie sich in erneuerter und gedruckter Form

---

<sup>46</sup> Diese war bereits 1950 begründet und später von einem renommierten Wissenschaftsverlag (Duncker & Humblot) herausgegeben worden.

<sup>47</sup> Diese erschienen mit wechselnden Namen. Zunächst jährlich ab Jg. 1 (März 1954) bis Jg. 5 (Mai 1958) als *Berichte über die Konjunkturentwicklung im Handwerk*, dann Jg. 6 (Mai 1959) bis Jg. 11 (Mai 1964) unter dem Titel *Die Konjunkturentwicklung im Handwerk*, von Jg. 12 (Mai 1965) bis Jg. 21 (Mai 1975) als *Konjunkturberichte über das Handwerk* und schließlich von Jg. 22 (Mai 1975) bis Jg. 32 (1985) als *Die Konjunktur im Handwerk*. Jg. 33 (1986) bis Jg. 42 (1995) erschienen als *RWI Handwerksberichte*. Damit wurde die Reihe eingestellt.

<sup>48</sup> Der erste Band der Reihe von Ullrich Heilemann und Rainer Rau, *Konjunkturmodell der Wirtschaftsforschungsinstitute*, Essen April 1975, nennt als Herausgeber explizit Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung – Strukturabteilung.

weiteren Fragestellungen zu<sup>49</sup> und kam später auch erstmals in einer Ausgabe in englischer Sprache heraus.<sup>50</sup> Zur Jahrhundertwende wurde auch diese Reihe mit dem Band 82 eingestellt.<sup>51</sup> Die *Untersuchungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung* stellten ebenfalls eine Neuerung in der Ägide Paul Klemmers dar. Doch auch dieser Reihe war kein langes Leben beschieden: 1991 erschien das erste Heft<sup>52</sup> und bereits 2003 wurde die Reihe mit Heft 43 wieder eingestellt.<sup>53</sup>

Als eine weitere Initiative nach der Übernahme des Präsidentenamtes durch Paul Klemmer wurde 1995 eine zusätzliche, unregelmäßig erscheinende Reihe von Publikationen mit erweitertem Inhalt als *Schriften und Materialien zu Handwerk und Mittelstand* begründet. Damit wurde zugleich der Versuch unternommen, die überkommenen starren Formen der Arbeitsteilung und der Veröffentlichungen im Hause zu überwinden und die Arbeit der Handwerksabteilung näher an die Forschungen zu Mittelstand und kleineren und mittleren Unternehmen heranzuführen. Gleich im ersten Heft der Reihe (1999) trat der neue Präsident als Co-Autor ins Rampenlicht, um wohl die Bedeutung dieser Initiative zu unterstreichen.<sup>54</sup> Zahlreiche Hefte der Reihe wurden nunmehr auch in englischer Sprache verfasst.<sup>55</sup> Dem Projekt war allerdings kein nachhaltiger Erfolg beschieden, denn es wurde einige Jahre später eingestellt.<sup>56</sup> Ähnlich erging es einer zweiten Initiative nach dem Wechsel im Präsidentenamt 1989, in der sich die regionalwissenschaftlichen Forschungsinteressen von Paul Klemmer besonders niederschlugen. 1999 wurde mit dem ersten Heft der *Schriften und Materialien zur Regionalforschung* eine zweite neue Schriftenreihe des RWI aus der Taufe gehoben.<sup>57</sup> In dieser Reihe erschienen ausschließlich Beiträge in deutscher Sprache, die sich auf Arbeiten über das Ruhrgebiet konzentrierten. Doch auch dieser Schrif-

---

49 Bd. 21: Rüdiger Hamm/Ullrich Heilemann, Folgen der deutschen Vereinigung für die nordrhein-westfälische Wirtschaft, Essen 1991.

50 Bd. 25: Roland Döhrn/Ullrich Heilemann, Sectoral Change in Eastern Europe – The Chenery Hypothesis Reconsidered, Essen 1991.

51 Bd. 82: Paul Klemmer/Bernhard Hillebrand/Michaela Bleuel, Klimaschutz und Emissionshandel – Probleme und Perspektiven, Essen 2002.

52 Bernhard Hillebrand/Onke Knieper/Gerhard Schmidt/Hans-Werner Schmidt, Auswirkungen des EG-Binnenmarktes für Energie für Verbraucher und Energiewirtschaft in der Bundesrepublik, Essen 1991.

53 Ullrich Heilemann/Hans Dietrich von Loeffelholz, Arbeitsmarktsteuerung der Zuwanderung – neuere deutsche Ansätze und internationale Erfahrungen, Essen 2003.

54 Paul Klemmer/Heinz Schrumpf, Der große Befähigungsnachweis im deutschen Handwerk – Relikt einer überkommenen Ständegesellschaft oder modernes Instrument der Wirtschaftspolitik?, Essen 1999.

55 Beginnend bereits mit dem zweiten Heft: David Smallbone, Employment, SMEs and Labour Markets, Essen 1999.

56 Die letzte Nummer erschien als Heft 15: Friederike Welter et al., Female Entrepreneurship. A Conceptual and Empirical View, Essen 2002.

57 Beate Müller/Heinz Schrumpf, Die strukturpolitischen Reformen der Europäischen Union, Essen 1999.

tenreihe war kein langes Leben gewährt. Wenige Jahre nach ihrer Begründung wurde auch diese mit dem elften Heft bereits wieder eingestellt.<sup>58</sup>

Nicht nur der unzureichende „Forschungsplan 1992–1997“, sondern auch die wenig systematische Publikationspolitik des Hauses veranschaulicht in bezeichnender Weise die Probleme des RWI als Forschungsinstitut am Ende des 20. Jahrhunderts. Die Organisationsstruktur und seine Entwicklung waren geprägt von Zufällen und Pfadabhängigkeiten, die sich in den vorangegangenen Jahren hatten entfalten können und die sich bis an die Jahrhundertwende einer durchgreifenden Reorganisation widersetzen. Wenn der Westdeutsche Handwerkskammertag dem Institut im Jahr 1950 die Finanzierung einer Stelle zur Handwerksforschung anbot, so entstand eben ein entsprechendes „Referat für Handwerkswirtschaft“. Unter wechselnden Bezeichnungen wurde es einfach fortgeschrieben und musste ständig mit wissenschaftlichem Inhalt gefüllt werden. Dasselbe geschah, wenn die Wirtschaftsvereinigung Stahl einen Etat und Personal zur Verfügung stellte: Das RWI setzte eine Forschungsgruppe „Eisen und Stahl“ ein. Ähnlich verhielt es sich auch mit dem Forschungsschwerpunkt „Regionale und sektorale Strukturpolitik“, auf dessen Ausgestaltung naturgemäß die Trägerinstitutionen des RWI vor Ort, namentlich die regionalen Industrie- und Handelskammern, die betroffenen Kommunen des Ruhrgebiets, der Ruhrsiedlungsverband wie auch die Unternehmen des Kohlenbergbaus und der Eisen- und Stahlindustrie Einfluss nahmen. Auch die Landesregierung des Landes Nordrhein-Westfalen veranlasste durch ihre Förderung ähnliche Weichenstellungen. Darüber hinaus hatten sich manche Forschungsaufgaben durch Kooperationsvereinbarungen verstetigt, wie die Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute, die Strukturberichterstattung und die Steuerschätzung. Eine derartig gewachsene und verfestigte Institutsstruktur ließ sich eben nicht ohne Weiteres umgestalten und an eine neue, gewandelte Forschungslandschaft anpassen. Dazu bedurfte es eines Kraftaktes, zu dem das RWI trotz aller Initiativen des neuen Präsidenten zu Beginn der 1990er Jahre offenbar noch nicht bereit war.

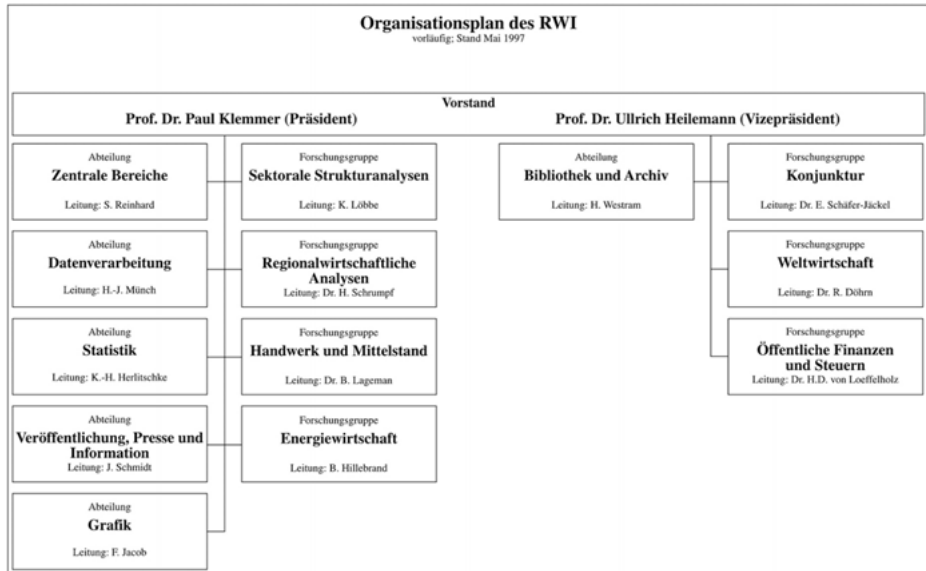
So unzureichend der Forschungsplan des RWI von 1993 angesichts der dynamischen Entwicklung der Wirtschaft und des Aufkommens neuer Paradigmen innerhalb der Volkswirtschaftslehre auch noch gewesen sein mag, er musste zunächst einmal praktisch umgesetzt werden. Das machte im Hause einige Veränderungen nötig, und damit wurde unter der neuen Leitung unmittelbar nach Paul Klemmers Amtsantritt begonnen. Das hatte, wie dargelegt, Auswirkungen auf die Publikationstätigkeit im Hause, aber auch auf die Außenkontakte. Es wurde nach Zusammenarbeitsmöglichkeiten mit den wissenschaftlichen Hochschulen in der Region und mit verschiedenen ausländischen Forschungseinrichtungen Ausschau gehalten.<sup>59</sup> In einem ersten Schritt rekrutierte man Doktoranden von benachbarten Universitäten, bemühte sich dort um

---

<sup>58</sup> Beate Müller, Struktur der Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen zu Beginn des Jahres 2000, Essen 2002.

<sup>59</sup> RWI Arbeitsbericht 1993, Essen 1994, S. 5.

Lehraufträge für die Mitarbeiter und bereitete ein förmliches Kooperationsabkommen zwischen dem RWI und der Universität/Gesamthochschule Essen vor. Im folgenden Jahr befasste sich deshalb der Verwaltungsrat des RWI in einer außerordentlichen Sitzung intensiv mit den zwischenzeitlich eingegangenen Empfehlungen zur Verbesserung der wissenschaftlichen Arbeit des Hauses, die der Wissenschaftsrat zur Neuordnung der Institute der „Blauen Liste“ verfasst hatte und die zusätzlichen Druck im Hinblick auf die Reorganisation der wissenschaftlichen Arbeit aufbauten.<sup>60</sup>



Quelle: RWI Arbeitsbericht 1996

**Abb. 11:** Organisationsplan von 1997

Aber nicht nur auf der Führungsebene des Hauses kam es nach 1989 zu einigen Veränderungen, auch die Struktur der Organisation wurde den neuen Gegebenheiten angepasst. Das bedeutete im Einzelnen, dass die historisch gewachsene und durch die beiden Wissenschaftlichen Direktoren der vorausgegangenen Jahre verfestigte Trennung der Arbeit des Instituts in eine „Strukturabteilung“ und eine „Konjunkturabteilung“ auch unter der neuen Leitung bestätigt und fortgeschrieben wurde. Der Vizepräsident behielt seine Zuständigkeit für die Forschungsgruppen „Konjunktur“, „Weltwirtschaft“ sowie „Öffentliche Finanzen und Steuern“, während dem neuen Präsidenten der Rest, nämlich die Forschungsgruppen „Sektorale Strukturanalysen“, „Regionalwirtschaftliche Analysen“, „Handwerk und Mittelstand“ sowie „Energiewirtschaft“ zufließen.

<sup>60</sup> RWI Arbeitsbericht 1994, Essen 1995, S. 7.

Eine stärkere Verzahnung der unterschiedlichen Projekte des Hauses sowie eine intensivere Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern außerhalb des Instituts waren zu diesem Zeitpunkt offenbar nur in Grenzen möglich. Man vertraute den erprobten Wegen wissenschaftlichen Arbeitens, stützte sich dabei auf die überkommenen Formen der Arbeitsteilung und auf eine weitgehend unveränderte Präsentation der Forschungsergebnisse in hauseigenen Publikationsorganen. Dies alles eröffnete Ende des 20. Jahrhunderts in Deutschland eine wenig zukunftssträchtige Perspektive für das RWI.

### Der Steuerskandal

Als Paul Klemmer im Jahr 1989 seine Amtszeit als Präsident am RWI angetreten hatte, wurde er dort sogleich mit einem Finanzskandal konfrontiert, der auf ein Finanzgebaren der Fördergesellschaft zurückging, das diese bereits seit ihrer Gründung im Jahre 1948/49 praktiziert hatte. Erneut geriet damit das Institut in die Schlagzeilen und die Presse vermeldete zutreffend: „Das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung kommt nicht zur Ruhe“.<sup>61</sup> Manche Schlagzeile klang noch krasser, so etwa „Finanzielle Unregelmäßigkeiten beim RWI“<sup>62</sup>, und in einem Bericht des *manager magazins* wurde sogar kolportiert, es sei „zu erheblichen finanziellen Unregelmäßigkeiten gekommen“.

Dies alles war ein wenig glücklicher Start des neuen Präsidenten, der in seiner ersten Amtsphase zunächst mit Aufräumarbeiten in der Geschäftsleitung des Hauses befasst war. Nach den langen Querelen um die Etablierung einer neuen Führung, die mit der Berufung von Klemmer endlich beendet sein sollten, taten sich nunmehr Probleme einer jahrzehntelang geübten unkorrekten Finanzierungspraxis auf.<sup>63</sup> Demnach war es im RWI bis dahin üblich gewesen, Einnahmen aus verschiedenen Forschungsaufträgen auf Konten der gemeinnützigen Fördergesellschaft zu leiten und damit die entsprechenden Beträge keiner Umsatzsteuer zu unterziehen. Dies war eine seit dreißig Jahren geübte Praxis und hatte bislang dem Verwaltungsrat keinen Anlass zur Vermutung von Unregelmäßigkeiten gegeben.<sup>64</sup> Die Fördergesellschaft habe vielmehr zum Zwecke der Reservebildung jährlich lediglich 20.000 bis 30.000 DM zurückgestellt. Ein derartiges Verhalten war aber nach Landeshaushaltsgesetz bei überwiegend öffentlich geförderten Einrichtungen nicht erlaubt. Auf diese Weise seien dem Institut in den letzten Dekaden auf ungerechtfertigte Weise mehrere Hunderttausend DM steuerfrei zugeflossen, wobei der entsprechende Reservefonds gegenwärtig (1989) auf eine Summe von etwa 800.000 DM angewachsen war. Die fällige

<sup>61</sup> So das Handelsblatt, Nr. 26 vom 6.2.1989.

<sup>62</sup> Süddeutsche Zeitung vom 1.2.1989.

<sup>63</sup> RWWA 289 – 239 – 3, Sammlung Kurt Pritzkolet.

<sup>64</sup> Eine detaillierte Schilderung in: Handelsblatt vom 26.2.1989.

Mehrwertsteuer war jedenfalls nicht entrichtet worden.<sup>65</sup> Da Steuernachforderungen früherer Umsatzsteuern und möglicherweise auch Körperschafts- und Vermögenssteuern fällig werden konnten und zudem Rückerstattungen von gewährten Fördermitteln an den Bund und an das Land NRW denkbar waren, bildete der „Steuer-skandal“ durchaus keine „petitesse“ im Geschäftsgebaren des RWI.<sup>66</sup> Als auch das Land NRW zudem erklärte, mehrfach den Wunsch geäußert zu haben, die Bücher der Fördergesellschaft zu prüfen, das RWI diesem Wunsch aber niemals nachgekommen war, erhöhte sich der öffentliche Druck auf das Institut nochmals. Der Hinweis des Bundes, dass bei anderen Instituten (ifo-Institut München, DIW Berlin) ähnlich wie beim RWI verfahren werde und sich dort keine Beanstandungen ergeben hätten, konnte die Situation nicht entschärfen.

Die ganze Steuergeschichte wurde von der Westdeutschen Industrie-Treuhandgesellschaft einer genaueren Prüfung unterzogen, doch der neue Präsident konnte bis zur Abfassung des Arbeitsberichts 1989 (19. Juni 1989) noch kein Ergebnis der Prüfung vorlegen, weil diese noch andauerte.<sup>67</sup> Erst im folgenden Jahr, auf der Sitzung des Verwaltungsrates am 15. August 1990 in Essen, wurde über die Sache erstmals berichtet und der Präsident konnte auch bereits über die Vergleichsverhandlungen mit den Steuerbehörden Auskunft geben. In einer außerordentlichen Verwaltungsrats-sitzung am 30. November 1990 wurden schließlich die Mitglieder des Verwaltungsrates ausführlich über den Sachstand hinsichtlich der Vergleichsverhandlungen mit den Steuerbehörden unterrichtet.<sup>68</sup> Man einigte sich auf Betreiben des Bundeswirtschaftsministers Bangemann auf einen Vergleich, der den Begünstigten im Direktorium eine einmalige Zahlung von 50.000 DM auferlegte und mit dem eine weitere rechtliche Auseinandersetzung vermieden wurde, die dem Renommee des RWI nach Meinung des Ministers außerordentlich geschadet hätte.<sup>69</sup>

Doch die ganze Sache hing dem Institut noch lange an und es geriet darüber hinaus auch in eine Auseinandersetzung auf politischer Ebene. Der Rechnungsprüfungsausschuss des Bundestages griff den Fall nochmals auf und bemängelte, dass den Vorstandsmitgliedern des RWI nahezu dreißig Jahre rund 2,5 Mio. DM auf ihre Privatkonten geflossen waren, wovon sie aufgrund eines Vergleiches jeweils nur le-

---

<sup>65</sup> Die Diskussion erreichte auch eine persönliche Dimension, denn das Handelsblatt vom 6.2.1989 berichtete weiter: „Zu den ‚Begünstigten der Fördergesellschaft‘ [...] habe Professor Hans Karl Schneider gehört, der Vorsitzende des Sachverständigenrats, der bis Anfang des Jahres zugleich RWI-Präsident war.“

<sup>66</sup> Auf einer außerordentlichen Sitzung des Verwaltungsrates am 6.4.1989 waren die Mitglieder über die Steuerprobleme des RWI unterrichtet worden. RWI Arbeitsbericht 1989, S. 7.

<sup>67</sup> RWI Arbeitsbericht 1989, S. 7.

<sup>68</sup> RWI Arbeitsbericht 1990, S. 7.

<sup>69</sup> „Volle Taschen und ein leerer Turm. Rechnungsprüfer rügen leichtfertigen Umgang mit Steuern“, in: Die Welt vom 25.6.1992. So hatte der betroffene Wirtschaftsminister Bangemann argumentiert; seinem Nachfolger Möllemann empfahl der Bundestagsausschuss eine genauere Kontrolle des Finanzgebarens des RWI.

diglich 50.000 DM, nach Meinung des Ausschusses eine „lächerlich geringe“<sup>70</sup> Summe, zurückgezahlt hätten.<sup>71</sup> Angesichts des Presseechos auf die z.T. auch unsachgemäße Kritik<sup>72</sup> brodelte es im Hause und der Betriebsrat forderte für die 70 Beschäftigten des RWI eine Ehrenerklärung und auch neue Förderer ließen sich nach diesem Imageschaden nur noch schwer gewinnen.

Der Verwaltungsrat sah sich genötigt, gegen die „unzutreffenden Darstellungen“ durch die Politik und in der Presse nachdrücklich Position zu beziehen. Dr. Erich Coenen äußerte sich entsprechend in einer Presseerklärung: „Die Darstellungen sind verkürzt, verzerrt und in wesentlichen Punkten falsch.“<sup>73</sup> Entgegen den Behauptungen in der Presse habe die Höhe des entstandenen Schadens nicht 2,5 Mio. DM, sondern lediglich 900.000 DM betragen und beim Vergleich mit dem Ministerium sei es nicht nur um die Mini-Zahlung der Begünstigten von 50.000 DM gegangen, sondern das gesamte Nettovermögen des Fördervereins habe dafür geopfert werden müssen.<sup>74</sup> Mit der Erledigung dieser unschönen Erbschaft aus der Geschichte des Hauses, welche wohl auch noch eine Spätfolge der „Palastrevolution“ mit der Einrichtung eines dreiköpfigen Direktoriums in den späten 1960er Jahren darstellte,<sup>75</sup> hofften der neue Präsident und die Mitarbeiter des Hauses,<sup>76</sup> wieder in ein ruhigeres Fahrwasser zu gelangen und sich erfolgreich ihren eigentlichen Aufgaben zuwenden zu können.<sup>77</sup> Und hier stellte sich am Ende des 20. Jahrhunderts in der Tat eine ganze Reihe neuer Herausforderungen.

**70** Vgl. „Abgeordnete fordern Konsequenzen aus Schlamperei und Betrug“, in: Frankfurter Rundschau vom 25.6.1992.

**71** In ähnlich lautenden Artikeln nahm sich die Presse des Themas an, so „Ausschuss rügt Verschwendung der Ministerien“, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 25.6.1992; „Volle Taschen und ein leerer Turm. Rechnungsprüfer rügen leichtfertigen Umgang mit Steuern“, in: Die Welt vom 25.6.1992; „Abgeordnete fordern Konsequenzen aus Schlamperei und Betrug“, in: Frankfurter Rundschau vom 25.6.1992; „Umstrittener Vergleich geschlossen“, in: Süddeutsche Zeitung vom 25.6.1992; „Essener Institut soll 2,5 Millionen veruntreut haben“, in: Neue Ruhr Zeitung vom 25.6.1992 und „Bundestagsabgeordnete wollen Kontrolle des Bonner Finanzgebarens verbessern“, in: Handelsblatt vom 25.6.1992.

**72** Es wurde z.B. fälschlich behauptet, dass die drei Direktoriumsmitglieder durch eine Anhebung ihrer Bezüge von B3 auf B6 ihr persönliches Einkommen „verdoppelt“ hätten. „Institut wehrt sich gegen „falsche Darstellungen“. RWI-Förderverein: Politiker gefährden den Ruf“, in: Westdeutsche Allgemeine Zeitung vom 11.7.1992.

**73** Ebda.

**74** Für das Haushaltsjahr 1992 kalkulierten die Förderer des RWI einen Betrag von 414.000 DM als Vergleichssumme und eine Steuernachzahlung von 390.000 DM.

**75** Die Mittel waren ja z.T. zur Aufstockung der Gehälter des Direktoriums verwandt worden.

**76** RWI Arbeitsbericht 1992. Das RWI zählte zu diesem Zeitpunkt 71 Mitarbeiter, davon 39 Wissenschaftler in acht Forschungsgruppen mit entsprechender Unterstützung durch Statistik, EDV, Grafik und Bibliothek.

**77** Der Verwaltungsrat wurde am 30.6.1993 abschließend nochmals über den Sachstand in der Steuerangelegenheit informiert: RWI Arbeitsbericht 1993, Essen 1994, S. 7.

### 7.1.2 Neue Herausforderungen

#### Umwelt- und Ressourcenökonomik

Die Umweltproblematik, die in Deutschland bereits in den Jahren zuvor eine immer größere Aufmerksamkeit auf sich gezogen hatte, sollte nun auch in der Arbeit des RWI eine stärkere Berücksichtigung finden. Die Thematik an sich war nicht neu, denn bereits in der Antike beschwerten sich Anwohner von Metallhütten über Schadstoffemissionen und im Mittelalter stellte die Wasserverschmutzung in den Städten ein gravierendes Problem dar. „Waldfrevel“ als Übernutzung der Wälder und „Rauchplage“ durch gewerbliche Emissionen kamen hinzu.<sup>78</sup> Doch erst im 19. Jahrhundert wurde die mit der Industrialisierung verbundene Umwelt- und Ressourcenbelastung verstärkt wahrgenommen und es kam zu ersten Bürgerprotesten und zu öffentlichen Kontroversen hinsichtlich der Umweltbelastungen.<sup>79</sup> Mitte des 20. Jahrhunderts rückte allmählich die „Umwelt“ als ein Megathema in das Zentrum der öffentlichen Diskussion und bestimmte einen großen Teil der wirtschaftspolitischen Entscheidungen und des öffentlichen Diskurses.<sup>80</sup>

Bedingt durch die Forschungsinteressen des neuen Präsidenten Klemmer trat auch die Umwelt- und Ressourcenpolitik beim RWI zunehmend in den Fokus. Schon bald nach Klemmers Amtsantritt entstanden erste Studien, die auch mit anderen Arbeitsfeldern des Instituts, z. B. der Regionalforschung, verkoppelt waren.<sup>81</sup> Rasch folgte eine Reihe weiterer Studien zur Umweltproblematik, so zur Abfallentsorgung<sup>82</sup> und zu umweltbewusstem Kaufverhalten,<sup>83</sup> sodass das Institut auch in diesem Bereich der Wissenschaft und in der Umweltpolitik neue Kompetenzen entwickeln konnte. Die praktischen Erfolge einer bewussten Ressourcen- und Umweltpolitik bleiben hingegen umstritten, wie das Beispiel des „Treibhauseffekts“ zu veranschaulichen vermag.

Deutschland versteht sich heute international als ein Vorreiter der Klimapolitik und die Bundesregierung ist der Meinung, dass hinsichtlich der Umweltprobleme von einem Marktversagen auszugehen ist. Deshalb erscheint ihr das Eingreifen des Staates in das Marktgeschehen durch eine zielgerichtete Umweltpolitik unabdingbar und das

---

<sup>78</sup> König 2009, S. 212.

<sup>79</sup> Uekötter 2007.

<sup>80</sup> Radkau 2011.

<sup>81</sup> RWI Schriften Nr. 050: H. Karl/Paul Klemmer, Einbeziehung von Umweltindikatoren in die Regionalforschung, Essen 1990 und RWI Schriften Nr. 066: G. Urfei, Agrarumweltpolitik nach den Prinzipien der Ökonomischen Theorie des Föderalismus – Ein Regionalisierungsansatz zur territorialen Abgrenzung effizienter Produktionsräume, Essen 1999.

<sup>82</sup> RWI Schriften Nr. 051: D. Hecht, Möglichkeiten und Grenzen der Steuerung von Rückstandsmaterialien über den Abfallbeseitigungspreis, Essen 1991 und RWI Schriften Nr. 055: N. Werbeck, Konflikte um Standorte für Abfallbehandlungs- und -beseitigungsanlagen – Ursachen und Lösungsansätze aus ökonomischer Sicht, Essen 1993.

<sup>83</sup> RWI Schriften Nr. 054: Martin, Wenke, Konsumstruktur, Umweltbewusstsein und Umweltpolitik – Eine makroökonomische Analyse des Zusammenhanges in ausgewählten Konsumbereichen, Essen 1993.

Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) aus dem Jahr 2000 steht hierfür, nach Meinung seiner Initiatoren, als ein leuchtendes Beispiel. Zugleich habe die damit verknüpfte Energiewende die deutschen Umwelttechnologien gefördert und international wettbewerbsfähig gemacht.<sup>84</sup> Diese optimistische Sicht der Dinge ist allerdings durch die Realität widerlegt worden. Knapp zwanzig Jahre später ist der Traum von der Bundesrepublik als Ökoland Nummer Eins wohl endgültig ausgeträumt.<sup>85</sup>

Eine Bilanz der Energiepolitik des Landes kommt zu einem verheerenden Urteil über die Folgen der „Energiewende“ von 2011 und des Erneuerbare-Energien-Gesetzes aus dem Jahr 2000.<sup>86</sup> Die damit eingeführte EEG-Umlage zur Finanzierung der Gewinnung alternativer Energien durch Windkraft, Biomasse und Sonnenschein hat sich zu einer gigantischen Subventionsmaschine entwickelt, mittels der alle privaten Haushalte, sei es direkt durch eine Umlage oder indirekt über höhere Preise der Energienutzer in der Industrie, für die Kosten aufkommen und wenige Anbieter und Einspeiser alternativer Energien eine sichere Rendite erwirtschaften.<sup>87</sup> Die erwartete Schaffung von Hunderttausenden neuer Arbeitsplätze ist ausgeblieben und die gesamte Branche befindet sich gegenwärtig im Rückzug: Sämtliche hoffnungsvoll gestartete Solarunternehmen sind inzwischen insolvent, die Windkrafterzeuger verschandeln nicht nur die Landschaft, sondern sind auch kaum in der Lage, Strom zu konkurrenzfähigen Preisen anzubieten. Die Erzeugung von Strom aus alternativen Energien ist zudem vom Wetter und den Jahreszeiten abhängig. Wegen der fehlenden Speichermöglichkeiten sind die Energieunternehmen gezwungen, in Zeiten der Überlast der Stromnetze teurere konventionelle Energie hinzuzukaufen, bei Überproduktion dann jedoch für die Ableitung überschüssiger Energie zu zahlen. Auch die Gewinnung von Energie durch Biomasse zeigt im ländlichen Raum negative Folgen, in Form der Entwicklung von Monokulturen, einer „Vermaisung“ der Landwirtschaft und von Bodenerosion. Und diese Entwicklung ist noch längst nicht am Ende, denn durch die auf zwanzig Jahre garantierte Höhe der Einspeisevergütung für den Ökostrom und den weiteren Ausbau der Erzeugung wird die Höhe der EEG-Umlage weiter zunehmen: ein industriepolitisches Desaster, das in frappierender Weise an die Kohlesubventionspolitik an der Ruhr in den Siebziger- und Achtzigerjahren erinnert.<sup>88</sup>

Auch was den Klimaschutz anbetrifft hat das EEG nur wenig gebracht. Denn die Zurückdrängung der die Umwelt belastenden Energieträger und die Subventionierung alternativer Energien führten auf der einen Seite zu einer unerwarteten Reaktion der

---

<sup>84</sup> Trittin 2016, S. 156f.

<sup>85</sup> Sebastian Baltzer/Jonni Thier, „Ökoland ist abgebrannt“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Nr. 19 vom 14. 5. 2017, S. 24f.

<sup>86</sup> Manuel Frondel et al., Die Gerechtigkeitslücke in der Verteilung der Kosten der Energiewende auf die privaten Haushalte (RWI Materialien, Nr. 113), Essen 2017.

<sup>87</sup> Bis 2017 wurden dafür bereits knapp 150 Mrd. Euro aufgebracht, im und allein für das Jahr 2017 schätzt man den Aufwand auf über 15 Mrd. Euro.

<sup>88</sup> Manuel Frondel et al., Die Gerechtigkeitslücke in der Verteilung der Kosten der Energiewende auf die privaten Haushalte (RWI Materialien, Nr. 113), Essen 2017.

Anbieter fossiler Energien. In Erwartung einer künftig sinkenden Nachfrage nach Erdöl sanken z. B. die Preise für Erdöl deutlich, was zu einer *stärkeren* und nicht zu der gewünschten verminderten Nachfrage nach diesem Produkt geführt hat. Auf diese Weise wurde der Ausstoß von Kohlendioxyd *erhöht* statt gesenkt. Auf der anderen Seite wurde durch die verstärkte Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien die Produktion konventionell durch Kohle- und Gaskraftwerke erzeugten Stroms derart vermindert, dass diese Unternehmen immer weniger Emissionsrechte für den Ausstoß von Kohlendioxyd nachfragten, was zum deutlichen Verfall der Preise dieser Rechte führte.<sup>89</sup> Da aber weniger als ein Fünftel aller Energieerzeuger weltweit überhaupt vom Zwang zum Erwerb solcher Emissionsrechte betroffen ist und selbst von diesen nur ein Viertel mit einem Preis von ca. 10 US-Dollar im Durchschnitt belastet wird, nach neueren Schätzungen aber erst ein Preis von ca. 100 US-Dollar die notwendige Wirkung auf das Weltklima ausüben würde,<sup>90</sup> zeigt die Verlagerung der Energieerzeugung auf alternative Energien sogar negative Folgen für das Weltklima.

Wer angesichts dieser Sachverhalte im deutschen Alleingang im EEG noch einen Vorbildcharakter sehen will, muss blind oder bösartig sein. Die energiepolitischen Maßnahmen der Bundesregierung wirkten also kontraproduktiv. Dies wurde von Hans-Werner Sinn bereits 2008 festgestellt und vehement kritisiert. Der überstürzte Atomausstieg nach dem Atomunfall in Fukushima 2011 unterstreicht seiner Meinung nach, dass die deutsche Energiepolitik einander widersprechende Ziele mit ungeeigneten Mitteln verfolgt.<sup>91</sup> Eine rationale Energiepolitik sollte sich deshalb auf das Setzen angemessener Rahmenbedingungen beschränken und es den Wirtschaftssubjekten überlassen, im Rahmen dieser Bedingungen zu optimalen Lösungen zu gelangen.

### „Deutschland einig Vaterland“

Als am 9. November 1989 in Berlin die Mauer, die Deutschland seit Beginn der 1960er Jahre nicht nur politisch, sondern auch sozial und ökonomisch in zwei Teile zerschnitten hatte, plötzlich und gänzlich unerwartet geöffnet wurde, setzte sich eine Entwicklung in Gang, in deren Folge schließlich die Wiedergewinnung der staatlichen deutschen Einheit gelang. Damit verbunden war mehr oder weniger zwangsläufig auch das Bemühen um die Schaffung einer Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, wie sie auch im Einigungsvertrag zwischen den bis dahin souveränen beiden deutschen Staaten niedergelegt worden war. Dieser unerwartete Umbruch setzte neue

---

<sup>89</sup> Christian Schütte, „Die Ökonomie der Klimapolitik“, in: *manager magazin*, Juli 2017, S. 23, hat darauf hingewiesen, dass der Preis für eine Tonne EU-Emissionsrechte Ende 2010 etwa 25 US-Dollar betrug und bis 2017 auf ganze 5 US-Dollar fiel.

<sup>90</sup> Nach Joseph Stiglitz und Nicholas Stern, in: *Carbon Pricing Leadership Report (CPLR)*, Commission Report, Berlin 2017.

<sup>91</sup> Sinn 2008.

Rahmenbedingungen nicht nur für die deutsche Wirtschaft und Gesellschaft, sondern auch für die wirtschaftswissenschaftliche Forschung und Politikberatung.

Den wahren Umfang des Niederganges der DDR-Wirtschaft offenbarte erst das sogenannte Schürer-Papier, das dem Zentralkomitee der SED am 30. Oktober 1989 zugeleitet wurde.<sup>92</sup> Darin wurden *erstens* zu geringe, im Zeitverlauf sinkende und zudem fehlgeleitete Investitionen (Akkumulationsraten) moniert, *zweitens* wurde darauf hingewiesen, dass der Verbrauch in der DDR stetig stärker als die Produktion gestiegen war und dass dieses *drittens* zu einer wachsenden Staatsverschuldung geführt habe, die *viertens* auch nicht mehr durch eine zusätzliche Auslandsverschuldung auszugleichen sei. Kurzum, der Staatsbankrott sei zu konstatieren und ein Weiterbestehen der DDR nur durch eine Reduzierung des Konsumniveaus der Bevölkerung um 25 bis 30 Prozent zu gewährleisten – angesichts des allseits herrschenden Mangels hätte das Hunger in Mitteleuropa am Ende des 20. Jahrhunderts nicht ausgeschlossen. Eine derartige Option wäre völlig unrealistisch gewesen und Hilfe war nur aus dem Westen Deutschlands zu erwarten. Somit erschien allein aus ökonomischen Gründen eine wie auch immer ausgestaltete „Einheit“ mit Westdeutschland angesichts der offenen Grenzen und eines gewaltigen Zustroms von Übersiedlern aus der DDR in die Bundesrepublik mehr oder weniger unausweichlich.

Diese Abstimmung mit den Füßen nach der Öffnung der Mauer, dem „antikapitalistischen Schutzwall“, wie ihn die Herrschenden der DDR nannten, gab den eigentlichen letzten Anlass zum Zusammenbruch der DDR.<sup>93</sup> Eine ökonomische Krise in Ostdeutschland, vergleichbar der „Großen Depression“ 1928/29 bis 1933 in Deutschland, war die unmittelbare Folge. Sie äußerte sich einerseits im Zusammenbruch des RGW-Außenhandels, der als Außenhandelsregime des Ostblocks 1991 auch formell aufgelöst wurde, und andererseits in der unmittelbaren Abwertung des völlig überalterten Kapitalstocks der DDR. Ein Neuaufbau eines wettbewerbsfähigen Kapitalstocks erforderte einen gewaltigen Kapitalimport und würde zu hohen Zinsen und einer negativen Leistungsbilanz führen. Die deutsche Wirtschafts- und Währungsunion vom 1. Juli 1990 setzte zwar ein erwünschtes politisches Signal zum Verbleib der Bevölkerung in der DDR, führte aber bei einem Wechselkurs von 1:1 zwischen D-Mark West und der Mark der DDR für Sparbeträge, Preis- und Lohnkontrakte erst Recht in die ökonomische Katastrophe für die nunmehr gänzlich nicht mehr konkurrenzfähigen ostdeutschen

<sup>92</sup> BA, SAPMO, DY 30/5195: Gerhard Schürer/Gerhard Beil/Alexander Schalck/Ernst Höfer/Arno Donda, Vorlage für das Politbüro des Zentralkomitees der SED. Betreff: Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen, Berlin, den 30.10.1989 (24 Blatt).

<sup>93</sup> Eine ausgezeichnete und zeitnahe Analyse der ökonomischen Probleme beim Zusammenschluss der Wirtschaft von Ost- und Westdeutschland bei Sinn/Sinn 1991. Dieses Buch wurde seinerzeit von Experten hoch gelobt, so von Wolfram Engels, der es in der *WirtschaftsWoche* als „einzige gründliche Analyse“ der betreffenden Probleme bezeichnete, und es wird noch heute von Karl-Heinz Paqué als „grandioses Buch“ bezeichnet. Auch der britische *Economist* äußerte sich in diesem Sinne und sprach vom „best book on the subject“. Seine politische Wirkung blieb jedoch begrenzt, weshalb *Der Spiegel* es als „praktisch wertlos“ abtat. Zu den unterschiedlichen Würdigungen vgl. Felbermayr/Knoche/Wössmann 2016, S. 48–61.

Betriebe.<sup>94</sup> Eine rasche Lohnangleichung an das Westniveau, auch gefördert durch die westdeutschen Tarifparteien, zerstörte die Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Betriebe vollends. Westdeutsche Unternehmer fürchteten die Billigkonkurrenz aus Ostdeutschland und westdeutsche Gewerkschaften den Lohndruck ostdeutscher Arbeitnehmer auf das westdeutsche Lohnniveau. Auch die Privatisierung des ostdeutschen Kapitalstocks durch die noch von der DDR geschaffene Treuhandanstalt entwickelte sich zum Desaster und erbrachte statt eines ursprünglich erhofften Verkaufserlöses von 180 bis 250 Milliarden DM wegen der notwendigen Sanierungen der Betriebe einen Verlust in Höhe von zig Milliarden DM. Die Finanzierung der Sozialunion machte weitere Milliardenaufwendungen nötig, ebenso wie der Finanzausgleich zwischen Ländern und Kommunen in Ost und West.

Die finanziellen Folgen dieser Entscheidungen belasteten in beträchtlichem Maße in den folgenden Dekaden vor allem die Bürger in den alten Bundesländern.<sup>95</sup> Die Folgekosten der deutschen Einheit wurden jedenfalls von den politischen Akteuren seinerzeit völlig unterschätzt.<sup>96</sup> Die Euphorie des demokratischen Aufbruchs in Ostdeutschland und der sich anschließenden politischen „Wende“ der DDR sowie der bald darauf folgende Bundestagswahlkampf in Ost und West ließen alle ökonomischen Bedenken beiseitretreten. Dennoch, die langfristigen Folgen der politischen Entscheidungen 1989/90 bestimmten die Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im vereinigten Deutschland der folgenden Jahre in entscheidendem Maße. Christa Luft, die letzte Wirtschaftsministerin der DDR, bezeichnete das Jahr 1990 im Rückblick (1992) **nicht** als das Jahr der *Ökonomen*, es schien ihr vielmehr ein Jahr der *Politiker* gewesen zu sein. Hätte es anders sein können? Der politische Handlungsdruck war seinerzeit derartig groß, dass die Betroffenen sich in einem echten Dilemma befanden. Ökonomisch **und** zugleich politisch alles richtig machen zu können, erschien auch in der Rückschau als unmöglich und man entschied sich für die politische Lösung. Ob damit ökonomisch „alles falsch“ gemacht wurde,<sup>97</sup> bleibt eine offene Frage. Eine ökonomisch „richtige“ Lösung hätte aber gewiss in einem politischen Desaster geendet, welches sowohl innen- als auch außenpolitisch kaum hätte bewältigt werden können.

---

<sup>94</sup> Größere Geldbestände wurden zu einem geringeren Satz (2:1 bzw. 3:1) umgetauscht. Die Bundesbank hatte vor den hohen Kosten einer derart großzügigen Währungsumstellung gewarnt. Der spätere Rücktritt des Präsidenten Otto Pöhl stand gewiss auch im Zusammenhang mit der Währungsumstellung.

<sup>95</sup> Zu diesen Belastungen vgl. insbesondere Ritter 2006.

<sup>96</sup> Allein von 1991 bis 2006 ließen sich die Nettotransfers in die neuen Bundesländer bis auf etwa 1,2 Billionen, d. h. 1.200 Milliarden Euro, aufrechnen und auch danach flossen noch jährlich etwa 20 bis 25 Milliarden Euro (neun Prozent des ostdeutschen Sozialprodukts) nach dort. Zu den Zahlen Paqué 2009, S. 184.

<sup>97</sup> Wie z. B. Lothar Späth, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, behauptete.

### Globalisierung und Europäische Integration

Bereits der Nachkriegsboom der Industriestaaten war von einer außerordentlich starken Expansion der außenwirtschaftlichen Aktivitäten in den westlichen Volkswirtschaften getragen worden.<sup>98</sup> Doch erst nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems entfaltete sich ab Mitte der 1970er Jahre eine neue Dynamik der Weltwirtschaft, die in einer weltweiten Globalisierung der finanz- und handelspolitischen Aktivitäten mündete.<sup>99</sup> Die Existenz flexibler Wechselkurse, Deregulierungen auf den Güter- und Finanzmärkten, Verschiebungen in den Faktorkostenrelationen und das Auftreten neuer Wettbewerber auf dem Weltmarkt haben zu einer gewaltigen Ausweitung der Handels- und Finanztransaktionen geführt und über viele Jahre das Wachstum der Weltwirtschaft enorm beflügelt.<sup>100</sup> Die Rahmenbedingungen für diese weltweite Expansion wirtschaftlicher Aktivitäten waren bereits in den vorausgehenden Dekaden geschaffen worden. Neben der Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs trug vor allem die Reduzierung der Zollsätze<sup>101</sup> im Rahmen des GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) zum globalen Wachstum des Außenhandels und des Kapitaltransfers bei.

Insbesondere die deutsche Wirtschaft konnte diese Entwicklung nutzen, weil sie mit ihrer spezialisierten Qualitätsproduktion über ein Angebot verfügte, das weltweit besonders stark nachgefragt wurde. Die deutsche Industrie feierte insoweit stetig neue Exporterfolge und verschaffte dem Land einen wachsenden Exportüberschuss. Dies vermochte langfristig im Inland eine stabile Beschäftigung zu gewährleisten, verfehlte aber zunehmend das Ziel eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts, nach dem ja nur ein moderater, für die Auslandsverpflichtungen hinreichender Devisenzufluss erzielt werden sollte. Für die deutschen Handelspartner, die mit einem Defizit in der Handelsbilanz konfrontiert waren, entwickelten sich aus dieser Situation zunehmend Probleme, welche die Stabilität der internationalen Wirtschaftsbeziehungen gelegentlich in Frage stellten.

Bereits in den 1950er Jahren war die Basis zu einer engeren politischen und ökonomischen Zusammenarbeit innerhalb der westeuropäischen Staaten gelegt worden. Dieser Prozess einer stärkeren europäischen Integration, beginnend mit der Gründung der Montanunion,<sup>102</sup> hatte sich in den folgenden Jahren und Jahrzehnten beschleunigt und ausgeweitet.<sup>103</sup> Zunächst war die europäische Einigung im Bereich der Wirtschaft sehr erfolgreich, eine Zollunion wurde auf- und ausgebaut und 1973 wurde die aus den sechs Gründungsmitgliedern bestehende Europäische Wirtschaftsgemeinschaft

---

<sup>98</sup> Lindlar 1997.

<sup>99</sup> Kronberger Kreis 1998.

<sup>100</sup> Deutscher Bundestag 2002.

<sup>101</sup> Diese sanken von der ersten Verhandlungsrunde in Genf (1947) von durchschnittlich 40 Prozent bis zur Uruguay-Runde (1986/93) auf nur noch vier Prozent. Vgl. Lindlar 1997, S. 168.

<sup>102</sup> Vgl. weiter oben Punkt 4.3.2.2.

<sup>103</sup> Überblick bei: Elvert 2006.

(EWG) um das Vereinigte Königreich, Irland und Dänemark erweitert.<sup>104</sup> Mit dem Vertrag von Maastricht und der Gründung der Europäischen Union (EU) war 1991/93 ein entscheidender Schritt zur weiteren Einigung Europas vollzogen. Zugleich wurden auch Perspektiven für eine Erweiterung der EU durch die ost- und südosteuropäischen Staaten entwickelt und Kriterien für deren Beitritt formuliert.<sup>105</sup>

Neben einer Koordinierung der Finanzpolitik der Mitgliedsstaaten wurde im Vertrag von Maastricht die Schaffung einer europäischen Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung in vier Stufen vereinbart.<sup>106</sup> Damit dieses Vorhaben gelingen könne, schien es den europäischen Regierungen als unverzichtbar, die unterschiedlichen nationalen Volkswirtschaften zunächst einander entscheidend anzugleichen. Dafür wurden vier Konvergenzkriterien formuliert, deren Erreichung als Voraussetzung für einen Beitritt zur gemeinsamen Währungsunion galt. Es ging dabei um eine Angleichung hinsichtlich der Inflationsraten,<sup>107</sup> der Wechselkurse,<sup>108</sup> der Zinssätze<sup>109</sup> und des Umfanges der Staatsschulden.<sup>110</sup> Diese Kriterien waren ökonomisch wohl begründet, konnten aber bereits zu Beginn der Währungsunion politisch nicht durchgesetzt werden. Lediglich das Großherzogtum Luxemburg erfüllte bei der vereinbarten Prüfung der Konvergenzkriterien zum 1. Juni 1998, die vor dem endgültigen Eintritt in die dritte Stufe der Währungsunion erfolgen sollte, alle vier vereinbarten Kriterien – Deutschland hingegen nicht! Und so hätte die Währungsunion kurioserweise gemäß den zuvor gefassten Entschlüssen allein mit Luxemburg starten oder abgesagt werden müssen. Doch genau dies geschah nicht, und die Europäische

---

**104** Es folgten 1981 Griechenland, 1986 Spanien und Portugal. 1990 wurde sie um das Gebiet der ehemaligen DDR erweitert und 1995 folgten Finnland, Österreich und Schweden.

**105** Dies geschah 1992 auf dem Gipfeltreffen in Kopenhagen, wo vier grundsätzliche Voraussetzungen für einen Beitritt zur EU formuliert wurden, nämlich erstens die Garantie einer demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung, zweitens die Wahrung der Menschenrechte, drittens der Schutz von Minderheiten und viertens eine funktionsfähige Marktwirtschaft. Dazu Tobias Freudenberg, „Das diktierete Wohlverhalten für die Neuen im EU Club“, in: Das Parlament, Nr. 34 vom 20.8.1999, S. 5.

**106** Sarrazin 1997, insb. Kap. 5 und 6, S. 97–143. Die erste Stufe ab dem 1.6.1990 bestand in der Schaffung eines gemeinsamen Kapitalmarktes, daran sollte sich zum 1.1.1994 die Gründung eines Europäischen Währungsinstituts (EWI) als Vorläufer einer Zentralbank anschließen. Am 1.6.1998 sollte als dritter Schritt die Gründung eines Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) und die Gründung der Europäischen Zentralbank (EZB) als übergeordneter Institution folgen, durch die bis spätestens zum 1.1.1999 unveränderbare fixe Paritäten der nationalen Währungen zum Euro festgelegt werden sollten. Im schließlich vierten und entscheidenden Schritt war die Ausgabe von Euromünzen und -banknoten zum 1.1.2002 vorgesehen.

**107** Die Inflationsrate eines Beitrittslandes durfte nur 1,5 Prozentpunkte über der Rate der drei preisstabilsten Länder liegen.

**108** Die Wechselkurse sollten sich zunächst im Europäischen Währungssystem (EWS) nur in einer Bandbreite von plus/minus 2,25 Prozent bewegen. Dieses Kriterium wurde aber bereits 1993 im Laufe des Anpassungsprozesses aufgeweicht und auf plus/minus 15 Prozent erweitert.

**109** Das Zinsniveau eines Mitgliedslandes sollte höchstens zwei Prozentpunkte über dem Durchschnitt der besten Länder liegen.

**110** Die Staatsschulden der Mitgliedsländer sollten höchstens 60 Prozent des nationalen BIP betragen und nicht um mehr als drei Prozent des BIP jährlich wachsen.

Währungsunion erblickte als „kränkelnde Frühgeburt“ (Bundeskanzler Gerhard Schröder) das Licht der Welt.

Der Geburtsfehler der Währungsunion sollte sich jedoch sehr bald bemerkbar machen. Der sogenannte Stabilitätspakt, der auf deutsches Drängen zusätzlich zu den Maastricht-Regeln vereinbart worden war, um eine seriöse Finanzpolitik der Mitgliedsstaaten zu gewährleisten und einer Vergemeinschaftung von Staatsschulden (Bail-out) vorzubeugen, wurde sehr bald verletzt. Das geschah in diesem frühen Stadium auch durch Deutschland, das besonders vehement auf die zusätzlichen Stabilitätsvereinbarungen gedrängt hatte und sich nunmehr, wegen der Lasten der wiedergewonnenen deutschen Einheit, zu einer übermäßigen Aufnahme von Staatsschulden gezwungen sah. Ein entsprechendes Sanktionsverfahren durch die Brüsseler Behörden wusste die Bundesregierung im Einklang mit dem ebenfalls in der Kritik stehenden französischen Partner aus Prestigegründen zu vermeiden. Infolge dieser Erfahrungen einer laxen Sanktionspolitik der EU-Behörden sahen sich zahlreiche europäische Staaten veranlasst, das durch die gemeinsame Währung für diese Länder deutlich gesunkene Zinsniveau zur Aufnahme üppiger Staatsschulden zu nutzen und ihrer Bevölkerung diverse soziale Wohltaten zukommen zu lassen oder durch Prestigeprojekte zu glänzen.<sup>111</sup> Als bald aber zeigte sich die Kehrseite der für zahlreiche europäische Länder ungewohnt niedrigen Zinsen, denn zunehmend wurde deutlich, dass die langfristige Tragfähigkeit ihrer internationalen Schuldenlast gefährdet war. Überdeutlich wurde die Problematik 2008 dann im Zusammenhang mit der internationalen Finanzkrise, als eine Reihe nationaler Banken an den Rand des Zusammenbruchs geriet, gar der Zusammenbruch des Weltfinanzsystems drohte und die Staaten gezwungen waren, Rettungsaktionen einzuleiten und weitere Kredite aufzunehmen bzw. entsprechende Kreditzusagen zu machen und Bürgschaften zu übernehmen.

Das Europäische Währungssystem stand am Rande des Zusammenbruchs, so dass in der Europäischen Union verschiedene Rettungsschirme aufgespannt werden mussten, um einige Staaten vor dem drohenden Staatsbankrott zu bewahren.<sup>112</sup> In dieser Krise wurde das ganze Dilemma der „kränkelnden Frühgeburt“ offenbar: Es funktioniert eben nicht, Länder mit einer unterschiedlichen ökonomischen Leistungsfähigkeit, mit unterschiedlichen sozialpolitischen Präferenzen und unterschiedlichen politischen Systemen in das Korsett eines einheitlichen Währungsraumes zu zwingen. Wechselkurskorrekturen bieten in einem solchen Fall eine Möglichkeit, sich in diesem engen Korsett etwas Luft zu verschaffen; eine Möglichkeit, die den Ländern des Europäischen Währungsraumes heute fehlt.

---

**111** Man denke nur an die Abhaltung der Olympischen Spiele 2004 in Athen.

**112** Dazu ausführlich und recht kritisch: Sarrazin 2012; Starbatty 2013 und Sinn 2014.

## 7.2 Der Zukunft zugewandt (2002 – 2018)

Beim Übergang der Präsidentschaft im RWI von Paul Klemmer auf Christoph M. Schmidt im Herbst 2002 waren die wirtschaftlichen Probleme national und global nicht weniger virulent als in den Jahren zuvor und so bot das kommende Jahrzehnt weiterhin reichlich Stoff für die wissenschaftliche Arbeit des Instituts. Das dringendste Problem in Deutschland stellte gewiss die herrschende und weiterhin wachsende Massenarbeitslosigkeit dar. Reformen des Arbeitsmarkts und der Sozialsysteme schienen deshalb dringend geboten, zumal eine wachsende Zuwanderung nach Deutschland die Beschäftigungsprobleme noch verschärfte.<sup>113</sup> Auch die Globalisierung erhöhte weiterhin den Druck auf die Anpassungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, weil die internationale Finanzkrise und die Krise der europäischen Gemeinschaftswährung in der ersten Dekade des 21. Jahrhunderts die Situation für die deutsche Wirtschaft nochmals erschwert hatten. Alle wirtschaftspolitischen Bemühungen in diesem Zeitraum dienten vor allem dem Ziel, die Stabilität in den finanziellen Beziehungen zwischen den europäischen Staaten zu fördern und sich gegenüber den Krisen und Verwerfungen der internationalen Finanzmärkte abzusichern. Beides gelang jedoch nur sehr unvollkommen.

### Arbeitslosigkeit und Sozialpolitik

Am Ende des 20. Jahrhunderts hatte sich in der Bundesrepublik in Schüben eine Sockelarbeitslosigkeit im Umfang mehrerer Millionen Arbeitsloser aufgebaut, weil in den vorausgegangenen Konjunkturkrisen zwar jeweils die Arbeitslosigkeit stetig gewachsen war, sie in den folgenden Aufschwüngen aber auf dem gestiegenen Niveau verharrte und keine Tendenz zum Rückgang erkennen ließ.<sup>114</sup> Zu dieser Situation hatten die beiden Rezessionen von 1974/75 und 1980/81 wesentlich beigetragen, ebenso die verschärfte Standortkonkurrenz im Rahmen der Globalisierung, ein gravierender Strukturwandel im Zuge der Tertiarisierung der Produktion, eine Flexibilisierung der Erwerbsformen, der demographische Wandel in Deutschland und europapolitische Vorgaben der EU. Die persistente Arbeitslosigkeit, die sich um die Jahrtausendwende in Deutschland verfestigt zu haben schien, verwies auf Mängel in der Funktion des Arbeitsmarktes, die es durch eine Flexibilisierung der Arbeitsmarktmechanismen zu beheben galt.

Auf der einen Seite übte die Massenarbeitslosigkeit bei den Gewerkschaften Druck aus, in den Lohnforderungen Zurückhaltung zu wahren. Im Ergebnis gelang es in Deutschland, die Lohnstückkosten erstmals seit 1973/74 zu senken und somit die

---

<sup>113</sup> Thomas K. Bauer, John P. Haisken-DeNew and Christoph M. Schmidt, International Labor Migration, Economic Growth and Labor Markets. The Current State of Affairs, RWI Discussion Papers, Nr. 20 (2004).

<sup>114</sup> Umfassend zur Entwicklung von Arbeitsmarkt und Beschäftigung: Pierenkemper 2017, insb. Kap. 4.

internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu stärken.<sup>115</sup> Darüber hinaus verabschiedete der Bundestag auf der anderen Seite eine Reihe von Gesetzen, die zu einer Flexibilisierung des Arbeitsmarktes führten und ebenfalls zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitrugen.<sup>116</sup> Den Höhepunkt dieser Maßnahmen bildete 2002/03 die bis heute umstrittene „Agenda 2010“, mit der die Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung grundlegend verbessert werden sollten. Zeit- und Leiharbeit wurden damit erleichtert, geringfügige Beschäftigung (Minijobs) ermöglicht und insbesondere durch die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe die Bereitschaft von längerfristig Arbeitslosen gefördert, einen im Vergleich zur vorherigen Beschäftigung mit weniger Einkommen und geringeren Qualifikationsansprüchen angebotenen Arbeitsplatz anzunehmen.

Zweifellos haben alle diese Maßnahmen den Arbeitsmarkt flexibilisiert und entscheidend zum Abbau der Sockelarbeitslosigkeit beigetragen. Eine Konsequenz der Flexibilisierung des bundesdeutschen Arbeitsmarktes besteht allerdings darin, dass sich eine Tendenz zum Abbau von „Normalarbeitsverhältnissen“ im Beschäftigungssystem damit fortgesetzt hat.<sup>117</sup> Mittlerweile (2017) ist es so, dass nur noch 38 Prozent der Erwerbsbevölkerung und gut die Hälfte aller abhängig Beschäftigten in Vollzeit tätig sind und atypische, flexible Beschäftigungsverhältnisse zunehmend in der Wirtschaft Verbreitung finden.<sup>118</sup>

### Finanzkrisen in einer globalen Welt

Die EWG hatte in den Römischen Verträgen eine gemeinsame Währungspolitik der Mitgliedsländer nicht vorgesehen und auch die Gründung eines Währungsausschusses 1958 und eines Ausschusses der Zentralbankgouverneure 1964 änderten daran wenig. Dasselbe gilt für die durch den Kommissionspräsidenten Walter Hallstein 1962 angestoßene Initiative für eine dreistufige Währungsunion und den Werner-Plan von 1970.<sup>119</sup> Den Dollar-Krisen der 1970er Jahre versuchte man mit Hilfe eines europäischen Wechselkursverbundes bzw. eines europäischen Währungssystems zu begegnen, bis man mit dem Vertrag von Maastricht den Weg zur europäischen Währungsunion beschritt.<sup>120</sup> Mit dem Übergang zu einem System weltweit flexibler Wechselkurse und der finanziellen Stabilisierung innerhalb des europäischen Wirt-

---

<sup>115</sup> Paqué 2012, insb. S. 46–70.

<sup>116</sup> Erste Schritte in diese Richtung erfolgten bereits in den 1980er Jahren, als Möglichkeiten zur Befristung von Arbeitsverhältnissen, Arbeitnehmerüberlassung und Teilzeitarbeit geschaffen wurden und auch die Tarifbindung für manche Unternehmen gelockert wurde. Dazu Pierenkemper 2017, S. 243f.

<sup>117</sup> Allgemein dazu Pierenkemper 2013a.

<sup>118</sup> Pierenkemper 2017, S. 201–204.

<sup>119</sup> Abelshauser 2016, S. 545–560.

<sup>120</sup> Vgl. auch weiter oben, Punkt 6.1.

schaftsraumes hoffte man, der Entstehung und Ausbreitung globaler Finanzkrisen einen Riegel vorgeschoben zu haben; doch diese Hoffnung erwies sich als Illusion.

Es waren ja auch nicht nur Währungskrisen, die die Stabilität des internationalen Finanzsystems bedrohten.<sup>121</sup> Was Europa und die Bundesrepublik betrifft, so ist gewiss eine Reihe weiterer Finanzkrisen für die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahrzehnten von Belang. In Deutschland schien um die Jahrhundertwende ein neues Zeitalter im Rahmen der „New Economy“ anzubrechen, in der nach gänzlich neuen Regeln gewirtschaftet und gearbeitet werde. Gestützt auf die Computertechnologie wurden im Gebiet der Bio-Technologie, des Internets, im Software-, Media- und Entertainmentbereich sowie bei den Financial-Services zahlreiche neue Unternehmen an die Börse gebracht.<sup>122</sup> Die Deutsche Börse richtete in dieser Zeit für die neuen Unternehmen 1997 sogar ein besonderes Börsensegment, den „Neuen Markt“, ein.<sup>123</sup> Die Zahl der gelisteten Unternehmen stieg von sieben (1998) bis auf einen Höchstwert von 344 (2002) und ein wahrer Spekulations-Taumel setzte ein, der den Kursstand der Aktien im Durchschnitt in nur gut zwei Jahren auf das mehr als Achtfache steigerte.<sup>124</sup> Diese Kursentwicklung entsprach kaum den fundamentalen Daten der gelisteten Unternehmen, hinzu kamen betrügerische Praktiken bei den Emissionen,<sup>125</sup> sodass der Spuk genauso schnell wieder verflog, wie er gekommen war. Ein gravierender Einschnitt in die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Landes wurde durch den Zusammenbruch dieser Spielwiese der Spekulanten nicht bewirkt.<sup>126</sup>

Einige Jahre später war das ganz anders, als eine Finanzmarktkrise, die in den USA ihren Anfang genommen hatte, das Weltfinanzsystem an den Rand eines Zusammenbruchs brachte und in der Entwicklung verschiedener Volkswirtschaften tiefe Spuren hinterließ.<sup>127</sup> Ausgangspunkt der Krise war eine Reihe von Innovationen im Bankensektor, mit denen man zusätzliche Kredite an das Publikum ausreichen konnte und deren Risiko man in Form sogenannter strukturierter Kredite handelbar machte. Diese an sich gute Idee wurde dann aber exzessiv genutzt und wegen der enormen Gewinnchancen auch missbräuchlich umgesetzt, sodass die Entwicklung völlig aus dem Ruder lief. Sie führte zu gewaltigen Schieflagen in einigen Banken, die entweder zusammenbrachen oder mit hohen Kosten durch den Staat bzw. dessen Zentralbanken vor dem Ruin gerettet werden mussten. Das brachte wiederum eine Reihe von Staaten an die Grenze ihrer Kreditwürdigkeit und begründete damit ein weiteres

---

**121** Ein informativer Überblick über Wirtschaftskrisen bei Plumpe 2010.

**122** Den Erfolgsausweis dieser Unternehmen bildete in dieser verrückten Zeit zeitweise ihre „burn-rate“, d. h. der Umfang, in dem sie in möglichst kurzer Zeit möglichst viel Geld „verbrannten“, also vernichteten.

**123** Die Börse überlegte sogar ernsthaft, ihre gesamte Tätigkeit auf dieses Segment zu begrenzen und den übrigen Handel an die Londoner Börse abzugeben.

**124** Knapp dazu Pierenkemper 2011, S. 154 f.; Chancellor 1999, S. 226 – 232.

**125** Ogger 2001, S. 45 – 48.

**126** Stiglitz 2004.

**127** Auch hierzu knapp: Pierenkemper 2011, S. 155 – 157 und ausführlich: Sinn 2009, S. 106 – 146, sowie ergänzend dazu Peukert 2010.

Krisenszenario, das eines Staatsbankrotts, der ebenfalls für das internationale Finanzsystem eine große Herausforderung darstellte.

Innerhalb des Europäischen Währungssystems (EWS) äußerte sich dieses Risiko erstmals, als dem griechischen Staat nach dem Wahlsieg der linken Syriza-Partei 2015 der Staatsbankrott drohte. Dieser Niedergang hatte allerdings einen langen Vorlauf, denn Griechenland verbrachte seit seiner Staatsgründung zu Beginn des 19. Jahrhunderts mehr als die Hälfte seiner Existenz im Zustand einer Auslandsschuldenkrise und der Zahlungsunfähigkeit.<sup>128</sup> An diesem betrüblichen Zustand konnte der politisch gewollte, ökonomisch nicht angemessene Beitritt Griechenlands zum Europäischen Währungssystem nur kurzfristig etwas ändern, weil die griechischen Regierungen die Chance einer Kreditaufnahme zu günstigen Zinsen und umfassende Finanzhilfen der EU lediglich zur Ausweitung des Budgets für konsumtive Zwecke und nicht zur Förderung von Investitionen und das Wachstum der Volkswirtschaft nutzten.<sup>129</sup> Das ist bis heute so geblieben und das Land und seine europäischen Partner suchen weiterhin nach einer Lösung für diese Krise.<sup>130</sup> Die Staatsschuldenkrise innerhalb der EU beschränkte sich allerdings längst nicht mehr allein auf Griechenland, einige Länder hatten ähnliche Bedrohungen ihrer internationalen Zahlungsfähigkeit erfahren, sie z.T. gemeistert; andere verharren noch im Krisenmodus oder werden davon bedroht und suchen nach Wegen, diesem zu entkommen.

### 7.2.1 Schritte ins neue Jahrtausend

Nicht erst die Bestrebungen, Hans Karl Schneider als Präsidenten des RWI zu gewinnen, auch sein späteres Ausscheiden aus dem Amt sowie die Bemühungen um einen geeigneten Nachfolger hatten gezeigt, dass die Besetzung der Leitung eines Forschungsinstituts große Probleme aufweisen konnte. Unter Ökonomen wurde zur Jahrhundertwende gelegentlich offen beklagt, dass es „seit einiger Zeit schwierig ist, gestandene Wirtschaftswissenschaftler zu gewinnen, die bereit sind, große Wirtschaftsforschungsinstitute zu leiten“.<sup>131</sup> Dafür gab es zu diesem Zeitpunkt einige Beispiele, so die zögerliche und an umfassende Bedingungen geknüpfte Ernennung des neuen Präsidenten am ifo-Institut in München, Hans-Werner Sinn<sup>132</sup>, und Martin Hellwigs Absage zur Übernahme des Präsidentenamtes in Kiel. Diese Zurückhaltung gestandener Ökonomen habe auch damit zu tun, dass die modernen Wirtschaftswissenschaften eine Entwicklung genommen hätten, nach der die Lösung realer ökonomischer Probleme in den Hintergrund getreten sei und aus karriererepolitischen Gründen junge Forscher vor allem theorielastige Aufsätze in referierten Zeitschriften

---

<sup>128</sup> Reinhardt/Rogoff 2010, S. 167.

<sup>129</sup> Sinn 2015.

<sup>130</sup> Becker/Fuest 2017.

<sup>131</sup> Lambsdorff 2003, S. 81.

<sup>132</sup> Ausführlich dazu Felbermayr/Knoche/Wössmann 2016, insb. S. 270 f., und Sinn 2018, S. 495 – 559.

zu publizieren suchten. „Gespräche unter akademischen Ökonomen drehen sich deshalb heute [2003] nicht mehr um Sachprobleme“, wie sie sich den Forschungsinstituten stellten. Es verwunderte daher kaum, dass „Wissenschaftler es ablehnen, Präsidenten von Beratungsinstitutionen zu werden oder in den Sachverständigenrat zu gehen“, <sup>133</sup> also sich mit konkreten Sachproblemen und deren Lösungen im Rahmen praktischer Wirtschaftspolitik zu beschäftigen.

Die „Blütezeit der Politikberatung“<sup>134</sup> schien der versammelten Professorenschaft der Volkswirtschaftslehre im Jahr 2003 ohnehin vorbei zu sein und das betraf natürlich auch die Bedeutung und das Prestige der Wirtschaftsforschungsinstitute. In einer „Dichotomie zwischen akademischer Wissenschaft und Politikberatung“ offenbare sich die Problematik der Wirtschaftsforschungsinstitute in Deutschland und das „deutsche Modell der Politikberatung [wurde] international nicht für konkurrenzfähig gehalten“. <sup>135</sup> Gerade für das notwendige wissenschaftliche Renommee eines Wirtschaftsforschungsinstitutes war und blieb aber ein wissenschaftlich hervorragend ausgewiesener Präsident unverzichtbar. <sup>136</sup>

Dieses war die Situation, die sich Anfang des 21. Jahrhunderts für die Neubesetzung des Präsidentenamtes in Essen und eine Neuorientierung der wissenschaftlichen Arbeit im Hause darbot. Angesichts des 1999 voraussehbaren Ausscheidens von Paul Klemmer als RWI-Präsident wurde für die Neubesetzung eine gemeinsame Berufungskommission der Ruhr-Universität Bochum (RUB) und des RWI ins Auge gefasst. Der Vorsitz der Kommission sollte vom Dekan der Wirtschaftswissenschaften der RUB wahrgenommen werden und die Mitglieder des Forschungsbeirates des RWI sollten als gleichberechtigte Angehörige der Kommission beteiligt werden. Der neue Präsident des RWI sollte gleichfalls als Lehrstuhlinhaber an der Ruhr-Universität fungieren. Damit wurde dem künftigen Präsidenten an der RUB eine „akademische Heimat“ geboten und im Institut damit zugleich ein wissenschaftlich fundiertes gemeinsames Forschungsmodul „Empirische Wirtschaftsforschung“ geschaffen. <sup>137</sup> Die Stelle des Präsidenten wurde noch im selben Jahr international ausgeschrieben. Im folgenden Jahr wurden die Bewerber gehört und eine Berufsungsliste ging an das NRW-Wissenschaftsministerium. <sup>138</sup> Nach Ausscheiden von Paul Klemmer zum 30. September 2002 übernahm Christoph M. Schmidt zum 1. Oktober das Amt des RWI-Präsidenten. Ihm

---

**133** So Frey 2003, S. 85. Frey versteigt sich sogar zur Feststellung, dass „dann nur dritt- oder viertklassige Ökonomen“ in die Leitung der Forschungsinstitute einträten oder nur ein „älterer Mensch in den Sachverständigenrat“ berufen werde. Martin Hellwig begründete seine Absage für Kiel an selber Stelle allerdings damit, dass für ihn dort im Rahmen der vorhandenen administrativen und finanziellen Strukturen „kaum Möglichkeiten [bestanden hätten] hier wirklich etwas zu machen und zu verändern“, Hellwig 2003, S. 86.

**134** Lambsdorff 2003, S. 76.

**135** Hellwig 2003, S. 86.

**136** So Lambsdorff 2003, S. 81.

**137** RWI Arbeitsbericht 2002, Essen 2003, S. 6.

**138** RWI Arbeitsbericht 2000, Essen 2001, S. 9.

zur Seite stand Ullrich Heilemann als Vizepräsident. Der Forschungsbeirat<sup>139</sup> des Institutes war gleichberechtigt an der Berufung des neuen Präsidenten beteiligt gewesen, trat aber gleichwohl nach dessen Ernennung auf einstimmigen Beschluss gemeinsam zurück, um dem neuen Präsidenten „freie Hand“ in der Besetzung des neuen Beirats<sup>140</sup> zu geben.<sup>141</sup>

**Christoph M. Schmidt**<sup>142</sup> wurde am 25. August 1962 in Canberra/Australien geboren. Sein Vater, Robert F. Schmidt, war dort Anfang der 1960er Jahre im aufstrebenden Fach Neurophysiologie tätig. Der Vater, geb. am 16. September 1932 in Ludwigshafen, entstammte einer Pfälzer Familie aus Hettenleidelheim.<sup>143</sup> Nach der Schulzeit in Mannheim erlangte Robert F. Schmidt 1953 die Hochschulreife am Neusprachlichen Gymnasium in Frankenthal. Danach begann er zunächst eine Ausbildung im Textilgewerbe, wechselte aber alsbald zum Medizinstudium nach Heidelberg.<sup>144</sup> Im September 1959 schloss er das Studium erfolgreich ab, absolvierte am 22. April desselben Jahres die Doktorprüfung an der Universität Heidelberg und wurde sodann Medizinalassistent an der Chirurgischen Klinik der Universität und am Krankenhaus Bethanien in Heidelberg. Von dort führte ihn sein früh erwachtes wissenschaftliches Interesse<sup>145</sup> nach Australien, wo seinerzeit die moderne Neurophysiologie begründet wurde.

In Heidelberg, beim Medizinstudium hatten sich Christoph M. Schmidts Eltern kennengelernt und 1959 geheiratet. Die Mutter, Angelika Diedrichs, geboren am 2. Oktober 1930 in Dorpat/Estland, entstammte einer baltendeutschen Familie, die auch estnische Vorfahren aufweist.<sup>146</sup> Während des Zweiten Weltkriegs musste die Familie ihre Heimat verlassen, wurde zunächst nach Polen umgesiedelt und fand später 1944/45 im Harz ein neues Zuhause. Angelika Diedrichs machte dort ihr Abitur und fand dann eine Anstellung als Sekretärin bei der Mobil Oil in Hamburg. Durch ein Stipendium ermöglicht konnte sie jedoch bald ihrem eigentlichen Berufswunsch folgen und zum Studium der Medizin nach Heidelberg wechseln. Dort lernte sie Robert F. Schmidt kennen

---

**139** Dem Beirat gehörten an: Prof. Dr. Joachim Frohn (Bielefeld), Ulrich Hambrecher (Düsseldorf), Prof. Dr. Gebhard Kirchgässner (St. Gallen), Dr. Mathias Köppel (Essen), Prof. Dr. Wim Kösters (Bochum) und Prof. Dr. Horst Zimmermann (Marburg).

**140** Die neuen Mitglieder waren: Prof. David Card Ph. D., Prof. Dr. Clemens Fuest, Prof. Dr. Walter Krämer, Prof. Dr. Michael Lechner, Prof. Dr. Till Requate, Prof. Nina Smith Ph. D., Prof. Dr. Harald Uhlig und Prof. Dr. Josef Zweimüller.

**141** RWI Arbeitsbericht 2000, Essen 2001, S. 11.

**142** Am 22. 6. 2017 gewährte mir Christoph M. Schmidt ein ausführliches Gespräch, durch das ich seine knappen öffentlich zugänglichen biografischen Daten ergänzen konnte. Einige zusätzliche Angaben machte er schriftlich.

**143** Die mütterliche Linie des Vaters kam aus Merzig an der Saar, wo die Familie Leistenschneider eine Bäckerei betrieb.

**144** Robert Franz Schmidt hatte noch zwei Geschwister, einen Bruder und eine Schwester.

**145** Bereits seit 1956 war er zunächst als studentische Hilfskraft, dann als Doktorand am Physiologischen Institut der Universität Heidelberg beschäftigt.

**146** Der Urgroßvater, ein Este, war im 19. Jahrhundert als Pfarrer an der Wolga tätig gewesen.

und ging mit ihm kurz nach der Hochzeit für zwei Jahre nach Canberra, wo ihr Sohn Christoph geboren wurde.

Die Familie kam nach einer weiteren Promotion (Ph. D. am 21. März 1963) des Vaters, Robert F. Schmidt, zurück nach Heidelberg, wo dieser eine grandiose wissenschaftliche Karriere startete. Der Sohn, Christoph M. Schmidt, wurde dort 1968 eingeschult, doch die Ehe der Eltern scheiterte und nach der Scheidung und Wiederverheiratung beider Elternteile kam er im Frühjahr 1969 zur Mutter nach Fulda. Dort betrieb die Mutter eine erfolgreiche medizinisch-dermatologische Praxis. Im Juni 1981 absolvierte Christoph M. Schmidt die Abiturprüfung im Domgymnasium zu Fulda. Schon während seiner Schulzeit hatte er sich intensiv dem Sport verschrieben und war in verschiedenen Vereinen vor allem als Handballspieler engagiert. Dieser Begeisterung für den Mannschaftssport blieb er lange verpflichtet und die Erfahrungen als Teamplayer blieben prägend für sein Leben, auch in beruflicher Hinsicht.

Sein Berufs- und Studienwunsch war am Ende der Schulzeit noch nicht sehr ausgeprägt gewesen, denn ursprünglich hatte er sich für eine Kombination aus Betriebswirtschaftslehre und Rechtswissenschaft interessiert, wäre aber damals von der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) der Universität Erlangen/Nürnberg zugewiesen worden – ein Ort, an den er nicht wollte, sodass er sich in Mannheim einschrieb. So studierte er von 1981 bis 1987 Volkswirtschaftslehre an der Universität Mannheim, wo er zunächst nur zögerlich engagiert war und sich einem neuen Hobby, der Restauration von Möbeln widmete. Doch auf Dauer konnte er sich dem Reiz der Wissenschaften nicht entziehen und wandte sich den mathematisch orientierten Wirtschaftswissenschaften, insbesondere der Ökonometrie und der jungen Spieltheorie zu. Bereits seit 1983 und dann bis 1987 war er als studentische Hilfskraft für Heinz König tätig. Hier lernte er Klaus F. Zimmermann kennen, der für seine spätere Karriere wichtig wurde. Seine Diplomarbeit mit dem Thema „Anspruchsniveau und Dauer der Arbeitslosigkeit: eine theoretische und mikroökonomische Analyse“ (1987) beschäftigte sich mit ökonometrischen Problemen der Analyse von Verweildaten zur Arbeitslosigkeit.

Unmittelbar nach bestandener Diplomprüfung ging er in die USA. Zu diesem Schritt hatte ihm neben Klaus Zimmermann seine Frau Felicitas geraten, die er während seines Studiums 1986 kennengelernt hatte und die er am 5. Januar 1988 in Karlsruhe heiratete. Felicitas Bundschuh hatte ebenfalls an der Universität Mannheim Betriebswirtschaftslehre studiert und war Christoph M. Schmidt dann nach einigen Querelen um ihre US-Arbeitserlaubnis in die USA gefolgt, wo sie erfolgreich in der Wirtschaftsprüfung tätig war. Dort wurde im April 1990 ihr Sohn Michael geboren. An der Princeton University blieb Christoph Schmidt insgesamt von 1987 bis 1991 und absolvierte dort ein Ph. D.-Programm als Doktorand von David Card und Angus Deaton. Er wurde wissenschaftlicher Mitarbeiter von Angus Deaton und Richard Quandt. 1989 erlangte er dort zunächst einen M. A. in Economics und im Jahr 1991 einen Ph. D., ebenfalls in Economics.<sup>147</sup> In

---

147 Thema der Arbeit war: „Empirical Analyses of the German Labor Market. Unions, Unemployment and Wages“.

Princeton wurden seine Forschungen durch das prestigereiche Stipendium der Alfred P. Sloan Foundation ausgezeichnet. 1992 wurde Schmidt zunächst zum Research Affiliate und 1996 zum Research Fellow des Centre for Economic Policy Research (CEPR) in London ernannt.

Zurück in Deutschland wurde er wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für Labor and Population Economics (SELAPO) an der Universität München. Mit einem Habilitationsstipendium der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) ausgestattet, widmete er sich nach nur kurzer Assistentenzeit seinen weiteren wissenschaftlichen Studien und habilitierte sich 1995 in München.<sup>148</sup> Nach kurzer Lehrstuhlvertretung (Wintersemester 1995/96) wurde Schmidt noch 1995 als Professor für Ökonometrie an die Universität Heidelberg berufen. Dort avancierte er 1996 zum Ko-Direktor des Alfred-Weber-Instituts (AWI). Seit 1998 fungierte er als Research Fellow am Forschungsinstitut Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn, wo er von 1999 bis 2002 als Programmdirektor des Forschungsbereichs „Evaluation of Labor Market Policies and Projects“ tätig war. Zudem absolvierte er in dieser Zeit einen Forschungsaufenthalt in seinem Geburtsort Canberra/Australien.

Im Jahr 2002 erreichte ihn schließlich der Ruf an die Ruhr-Universität Bochum auf die Professur für Wirtschaftspolitik und angewandte Ökonometrie an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaften. Zugleich wurde er zum Präsidenten des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung Essen bestellt. In diesem Institut widmete er sich neben der organisatorischen Neuordnung und der wissenschaftlichen Neuausrichtung des RWI vor allem Forschungen zum Arbeitsmarkt, insbesondere zu den Migrationseffekten auf den Arbeitsmarkt, sowie der Energiepolitik. 2009 wurde Christoph M. Schmidt zudem in den „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ berufen, dessen Vorsitz er im Jahre 2013 übernahm. Von 2011 bis 2013 war er darüber hinaus Mitglied der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ des Deutschen Bundestages.<sup>149</sup>

Der neue Präsident nahm unmittelbar nach seinem Amtsantritt die anstehenden Umstrukturierungsmaßnahmen im Hause des RWI energisch in Angriff. Als Vorbild konnte ihm dabei die Reorganisation des ifo-Instituts in München dienen, die wenige Jahre zuvor durch Hans-Werner Sinn vollzogen worden war.<sup>150</sup> Auch dieses Wirtschaftsforschungsinstitut hatte der Wissenschaftsrat 1998 negativ bewertet und in seinem Status von einem „Forschungsinstitut“ zu einer „Serviceeinrichtung“ zu-

**148** Das Thema der Habilitationsschrift lautete: „The Earnings Performance of Migrants in the German Labor Market“.

**149** Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft“, Bundestagsdrucksache 17/13300 vom 3.5.2013.

**150** Dazu Boadway 2016, S. 270 f.



Abb. 12: Christoph M. Schmidt

rückgestuft;<sup>151</sup> ein Abstieg, der damals auch dem RWI drohte. In Essen bestand ein erster Schritt darin, den Vorstand des RWI zu erweitern und schließlich gänzlich neu zu gestalten. Prof. Dr. Wim Kösters war bereits am 18. Februar 2003 auf einer außerordentlichen Sitzung des Verwaltungsrates zu einem weiteren Vorstandsmitglied des RWI gewählt worden.

**Wim (Wilhelm) Kösters**<sup>152</sup> wurde am 26. November 1942 als ältestes der sechs Kinder des selbständigen Tischlermeisters Wilhelm Kösters (1911–1991) und seiner Ehefrau Maria, geb. Drees (1916–1975), in Greven in Westfalen geboren. Sein Vater hatte wegen der schlechten Beschäftigungschancen in den Zwanzigerjahren als Arbeitsloser 1926 gemeinsam mit seinem Bruder Albert den Weg in die Selbständigkeit gesucht und einen kleinen Handwerksbetrieb gegründet. Während sein Bruder Albert als Soldat im Zweiten Weltkrieg dienen musste, konnte Wilhelm Kösters den Betrieb im Krieg aufrechterhalten. Er war Zeit seines Lebens als überzeugter Katholik in der Handwerkerbewegung (Kolping) aktiv und stand daher dem herrschenden NS-Regime äußerst distanziert gegenüber. Während des Krieges, im Jahre 1941, gründete Wilhelm Kösters eine

<sup>151</sup> Zehetmeier 2016, S. 252. In München waren dafür radikale und schmerzhaft Eingriffe nötig, u. a. die Reduzierung der Mitarbeiterzahl von 260 Personen (1996) auf unter 150 (2002), Zahlen nach Simson 2016, S. 264.

<sup>152</sup> Die Informationen, auf denen die folgenden Darstellungen beruhen, erhielt ich zum größten Teil durch Auskünfte, die mir Wim Kösters in einem ausführlichen Gespräch am 1.6.2017 gegeben hat. Eine Würdigung seines Schaffens auch bei Belke et al. 2009, Vorwort, S. 5–7.

*Familie und heiratete Maria Drees, die von einem kleinen Bauernhof in Greven stammte. Gleichwohl hatte sie als Bauerstochter eine gehobene Bildung genossen, eine Handelsschule absolviert und war danach als Kontoristin in einem kleinen Einzelhandelsgeschäft tätig. Nach der Geburt der Kinder<sup>153</sup> gab sie diese Tätigkeit auf, widmete sich der Familie und der Unterstützung des Familienbetriebes.*

*Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte sich das kleine Unternehmen im Zuge des Baubooms während der Wiederaufbauphase in Westdeutschland recht gut und bot der wachsenden Familie ein hinreichendes Einkommen. Davon konnte auch der älteste Sohn Wilhelm profitieren, der 1949 in Greven eingeschult wurde und alsbald (1953) auf das dortige Progymnasium wechselte. Da diese Einrichtung während seiner Schulzeit zu einem vollwertigen Gymnasium, Augustinianum genannt, ausgebaut wurde, konnte Kösters im Jahr 1963 dort auch seine Reifeprüfung ablegen. Unmittelbar danach, im Sommersemester 1963, begann er an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster mit dem Studium der Volkswirtschaftslehre, wobei er gleichzeitig auch Veranstaltungen im Lehrgebiet der Katholischen Soziallehre an der dortigen Katholisch-Theologischen Fakultät belegte. Die religiöse Bindung an den katholischen Glauben blieb ein prägendes Element seiner Persönlichkeit. Seit seiner Jugend war Kösters in der deutschen Pfadfinderschaft St. Georg und dem Malteser Hilfsdienst aktiv. Während seiner wissenschaftlichen Karriere engagierte er sich zudem für das Cusanus-Werk, die Begabtenförderung der katholischen deutschen Bischöfe.<sup>154</sup>*

*Im Jahre 1968 absolvierte er sein volkswirtschaftliches Diplomexamen in Münster und wurde unmittelbar danach wissenschaftliche Hilfskraft bei Hans Karl Schneider am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Münster. Doch nach nur einigen Monaten ging Wim Kösters, ausgestattet mit einem Fulbright-Stipendium, in die USA, um dort sein Promotionsstudium voranzubringen. Zunächst besuchte er die Florida State University in Tallahassee und nahm am dortigen Doktorandenprogramm teil. Im Anschluss absolvierte er eine Summer School an der Harvard University. Nach seiner Rückkehr 1969 wurde er an der Universität Münster Assistent von Hans Karl Schneider und wechselte 1970, als dieser einem Ruf an die Universität zu Köln folgte, mit ihm an das Staatswissenschaftliche Seminar der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät dort. Seine Doktorprüfung absolvierte er hingegen 1972 noch an seiner alten Fakultät in Münster. In seiner Dissertation beschäftigte er sich mit der damals in Deutschland noch in der Entwicklung befindlichen Geldtheorie, insbesondere mit der empirischen Schätzung und Aussagefähigkeit makroökonomischer Geldnachfragefunktionen.<sup>155</sup>*

---

**153** Es handelt sich dabei neben Wilhelm um Rudolf (1944), Ulrich (1946), Maria (1951), Michael (1956) und Gertrud (1958).

**154** Seit 1987 war Kösters Vertrauensdozent der Stiftung, 1989 wechselte er ins Grundausswahlgremium. 2008 wurde er in den Vorstand der Stiftung berufen und übernahm dort 2010 den Vorsitz in der Nachfolge von Hans Tietmeyer.

**155** Kösters 1974.

*In Köln fand Kösters nun eine neue wissenschaftliche Heimat und war als Wissenschaftlicher Assistent zur Unterstützung der Lehre in der Fakultät und an den Forschungen des Staatswissenschaftlichen Seminars beteiligt. Darüber hinaus gab es auch privat einige Veränderungen, denn 1975 heiratete er die Grundschullehrerin Mechthild Belke (geb. 1952) aus Arnsberg, Tochter eines höheren Beamten der dortigen Kreisverwaltung. 1983 wurde der Sohn Fabian geboren, 1999 wurde die Ehe geschieden.*

*Gleich zu Beginn seiner Tätigkeit in Köln war eine wichtige Aufgabe die Mitarbeit an dem von der Bundesregierung in Auftrag gegebenen Bericht zur Lage der Nation.<sup>156</sup> Auch rückte Kösters während der Zeit des Vorsitzes von Hans Karl Schneider im Verein für Socialpolitik zu dessen Unterstützung kurzfristig als Schriftführer in den engeren Vorstand des Vereins auf. Trotz seiner vielfältigen Aufgaben in Seminar und Fakultät in Köln und in externen wissenschaftlichen Vereinigungen betrieb er seine eigenen Forschungen weiter und konnte sich 1982 mit einer Arbeit zur Wachstums- und Beschäftigungstheorie an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln habilitieren.<sup>157</sup>*

*Praktisch zeitgleich mit seiner Habilitation in Köln erhielt er den Ruf (C 3) an die Universität Münster, wo er von 1982 bis 1991 als Professor für Volkswirtschaftslehre arbeitete. Zunächst war er dort mit der Vermittlung volkswirtschaftlicher Kenntnisse an Juristen im Rahmen ihres Jura-Studiums betraut, später wechselte er dann zur Allgemeinen Volkswirtschaftslehre, wo er sich in besonderer Weise der europäischen Wirtschaftspolitik widmete. Auf ein ausgeprägtes Interesse an europäischen Fragen wies auch seine frühe Mitarbeit im Arbeitskreis Europäische Integration hin, der deutschen Sektion der European Community Studies Association.<sup>158</sup> Es gelang ihm auch, bereits in der ersten Runde der Ausschreibungen 1990 einen Jean-Monet-Lehrstuhl der Europäischen Kommission für die Münsteraner Fakultät einzuwerben. 1991 erreichte ihn ein Ruf (C 4) der Ruhr-Universität Bochum und er bekleidete dort von 1991 bis 2011 den Lehrstuhl für theoretische Volkswirtschaftslehre I an der Fakultät für Wirtschaftswissenschaft. Auch in Bochum widmete er sich weiterhin besonders der europäischen Wirtschaftspolitik und erneut gelang es ihm, einen Jean-Monet-Lehrstuhl einzuwerben. Kösters gründete das Institut für Europäische Wirtschaft. Während seiner Tätigkeit in Bochum war er von 1996 bis 2002 zugleich auch Mitglied des Forschungsbeirates des RWI und dessen Vorsitzender ab 1998. Neben zahlreichen Vortragsreisen ins Ausland<sup>159</sup>*

<sup>156</sup> Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen (Hg.) 1971 und 1972.

<sup>157</sup> Wim Kösters, Zur theoretischen und empirischen Bestimmung der Vollbeschäftigung, Göttingen 1986.

<sup>158</sup> Dort rückte er bereits 1990 in das Präsidium auf, dem er bis heute angehört. Von 2006 bis 2010 war er Mitglied im Vorstand des Arbeitskreises.

<sup>159</sup> So führten ihn seine Wege u. a. nach Argentinien, Bolivien, Brasilien, Indonesien, Japan, Indien und Korea, nicht zuletzt häufiger auch in die USA und natürlich in zahlreiche europäische Länder.

*war Professor Kösters in vielfältigen weiteren Funktionen<sup>160</sup> wissenschaftlich tätig. Von 2003 bis 2017 war er im Vorstand des RWI und hat in dieser Funktion in Zusammenarbeit mit dem neuen Präsidenten wesentlich zur Reorganisation des Hauses beigetragen.*

Doch ganz problemlos sollten sich der Übergang zu einem neuen Präsidenten im RWI und die Arbeit in dem um einen externen Wissenschaftler erweiterten Vorstand nicht gestalten. Innerhalb des Instituts, gewohnt an langjährige Routinen, stießen die Vorstellungen der „neuen“ Leute an der Spitze über die Reorganisation der Arbeit offenbar auf Vorbehalte. Im Vorstand wurde die alte Linie durch Ullrich Heilemann vertreten, der als „Eigengewächs“ des RWI den vertrauten Arbeitsweisen und den überkommenen personellen Loyalitäten stärker anhing als den Vorhaben der „Neuerer“. Dies implizierte zwangsläufige Konflikte, die darin endeten, dass auf einer außerordentlichen Sitzung der Leitungsgremien am 24. September 2003 der Vizepräsident mit sofortiger Wirkung aus dem Vorstand abberufen wurde. Ullrich Heilemann folgte später dem Ruf auf einen Lehrstuhl der Universität Leipzig und schied aus den Diensten des RWI aus. Auf einer weiteren außerordentlichen Sitzung des Verwaltungsrates am 6. Februar 2004 wurde Prof. Dr. Thomas K. Bauer als drittes Mitglied in den Vorstand des Instituts gewählt. Der Vorstand war damit wieder komplett und wurde wie bereits zuvor durch drei Mitglieder gebildet.

**Thomas K. Bauer**<sup>161</sup> wurde am 5. August 1968 als Sohn des Inspektors im Notariatsdienst Karl Bauer (geb. 1940) in Furth im Wald in der Oberpfalz geboren. Doch schon kurz nach seiner Geburt übersiedelte die Familie nach Bogen bei Straubing. Seine Mutter, Josefine Söldner, war nicht weit von Furth im Wald, in einem Dorf namens Tretting geboren, wo ihre Familie einen Bauernhof nebst Gastwirtschaft betrieb. Sie absolvierte eine Ausbildung als Hotelfachfrau, war aber nach ihrer Heirat mit Karl Bauer im Jahr 1964 nicht berufstätig, sondern widmete sich nach dem frühen Tod ihrer erstgeborenen Tochter und der Geburt des Sohnes Thomas und seines jüngeren Bruders gänzlich der Familie. Daneben betätigte sie sich zur Auffüllung der Familienkasse gelegentlich noch als Schneiderin.

Im Jahr 1974 wurde der älteste Sohn der Familie, Thomas, in Bogen eingeschult, wechselte dann aber während seiner Grundschulzeit nach Solln in den Süden von München, weil der Vater in München in der Notarkasse (Anstalt des öffentlichen Rechts) tätig wurde. Dort wechselte Thomas Bauer dann auf das Gymnasium in Pullach, besuchte aber ab der zehnten Klasse das Erasmus-Grasser-Gymnasium in Münchens Stadtbezirk Sendling-Westpark, weil er mehr Sport treiben und sich zielstrebig auf das beabsichtigte Sportstudium vorbereiten konnte. Schon lange Jahre war er nämlich als Fußballtorwart in verschiedenen bayerischen Vereinen aktiv gewesen. Doch aufgrund

---

**160** So war er von 1992 bis 2000 Fachgutachter der DFG, Gastprofessor an der Universität Alcalá/ Spanien (1997–2010) und an der Universität Robert Schuman in Straßburg (1994–2006) und absolvierte zudem bereits 1986 einen Forschungsaufenthalt bei der OECD in Paris.

**161** Thomas K. Bauer gewährte mir am 22.6.2017 ein ausführliches Gespräch zur Ergänzung seiner biografischen Daten.

einer Verletzung, die er sich bei einem Rodelunfall zugezogen hatte, konnte er später sein eigentliches Wunschstudium nicht aufnehmen.

Nach bestandener Abiturprüfung im Jahr 1987 begann er deshalb mit dem Studium der Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Dort absolvierte er zunächst die Propädeutika und leistete dann, um zu vermeiden, erst nach der Vollendung seines Studiums bei der Bundeswehr dienen zu müssen, auf eigenen Wunsch 1988/89 seinen Wehrdienst beim Luftlandefernmeldelehrbataillon in Pöcking bei Starnberg. Nach Rückkehr an die Universität München beendete er 1993 das Studium der Volkswirtschaftslehre mit der Diplomprüfung.<sup>162</sup> An der Universität wurde er zunächst als Hilfskraft, von 1993 bis 1997 als Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Klaus F. Zimmermann tätig und 1997 mit einer Arbeit über die Arbeitsmarkteffekte der Immigration<sup>163</sup> promoviert. Das akademische Jahr 1997/98 verbrachte Thomas Bauer, ausgestattet mit einem Feodor-Lynen-Forschungsstipendium der Humboldt-Stiftung, an der Rutgers University in New Jersey/USA.

Nach seiner Rückkehr nach Deutschland arbeitete er als Programmdirektor des Forschungsbereichs „Mobilität und Flexibilität von Arbeit“ am Forschungsinstitut Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn. An der Universität Bonn bereitete sich Thomas Bauer während dieser Zeit auf seine Habilitation vor und schloss dieses Verfahren im Juli 2003 mit der Verleihung der *venia legendi* für Wirtschaftspolitik in Bonn ab.<sup>164</sup> In seiner Bonner Zeit begründete Thomas Bauer im Jahr 2001 eine Familie. Während seiner Tätigkeit in Bonn unternahm Thomas Bauer zahlreiche Vortragsreisen und besuchte wichtige wissenschaftliche Veranstaltungen, vor allem in den USA, sodass es nicht überrascht, dass er sehr bald einen Ruf an die Ruhr-Universität Bochum erhielt. 2003 übernahm er dort den Lehrstuhl für Empirische Wirtschaftsforschung. Seit 2004 ist er zudem Mitglied des Vorstandes des RWI und seit 2009 dort als Vizepräsident tätig.

### 7.2.2 Die Arbeit im Institut

„Das RWI ist 2015 nicht mehr das gleiche, was es 2002 war“<sup>165</sup> – so konnte der neue Präsident vor wenigen Jahren resümieren. Doch bis dahin war nach Übernahme des Präsidentenamtes durch Christoph M. Schmidt im Jahr 2002 zunächst noch ein weiterer Weg zu gehen und der erfolgreiche Umbau des Instituts machte vielfache Anstrengungen nötig. Schon im Rahmen der Umsetzung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates und dem alsbald zu erwartenden altersbedingten Ausscheiden des Prä-

<sup>162</sup> Thema seiner Diplomarbeit war „Die Einkommensdynamik von Migranten“.

<sup>163</sup> Der genaue Titel lautet: Arbeitsmarkteffekte der Migration und der Einwanderungspolitik. Eine Analyse für die Bundesrepublik Deutschland, Heidelberg 1998 (Diss. München 1997).

<sup>164</sup> Titel der Habilitationsschrift war: „Labor Market Effects of Flexible Workplace Practices: Evidence from Germany“.

<sup>165</sup> So konnte man nach einer Dekade des Umbaus auf einem Kolloquium zur ökonomischen Politikberatung nicht ohne Stolz vermelden. Zitat bei Schneider/Weimann 2016, S. 18.

sidenten Paul Klemmer war es bereits im Jahr 1999 im Hause zu ersten, intensiven Beratungen über einen neuen, langfristig angelegten Forschungsplan und über den möglichen Ausbau der externen Forschungs Kooperationen gekommen.<sup>166</sup> Doch die Erfolge dieser Bemühungen blieben anfangs noch recht begrenzt. Das sollte sich nach Übernahme des Präsidentenamtes durch Christoph M. Schmidt sehr bald ändern.

Dieser hatte hinsichtlich der Umgestaltung des RWI konkrete Vorstellungen, die er zeitnah auch in die Diskussion um die Rolle der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute und deren organisatorische Ausgestaltung und wissenschaftliche Orientierung einbrachte.<sup>167</sup> Schließlich war das RWI ja nicht das einzige Forschungsinstitut, das vom Wissenschaftsrat kritisch bewertet worden war.<sup>168</sup> Der Wissenschaftsrat hatte vor allem eine weitgehende Entkopplung der Arbeit der außeruniversitären Institute von der wissenschaftlichen Forschung kritisiert, weil in den Instituten ein Wissen praktiziert werde, das „teilweise Jahrzehnte alt war.“<sup>169</sup> Dies äußerte sich vor allem darin, dass Forschungsergebnisse der Institute kaum in wissenschaftlichen Fachzeitschriften, sondern überwiegend intern publiziert würden. Hier setzten auch die Überlegungen von Christoph M. Schmidt an, der die deutsche Wirtschaftsforschung gegenüber der in angelsächsischen Ländern – „leicht überzeichnet“,<sup>170</sup> wie er einschränkend bemerkte – in folgender Weise arbeiten sah:

Die statistischen Ämter stellten Daten zur Verfügung, die Institute bereiteten diese Daten auf, interpretierten sie deskriptiv und nutzten die aktuellsten Daten („den aktuellen Rand“) zur Fortschreibung, während die universitäre Forschung punktuell tiefer geht, aber das empirische Arbeiten weitgehend den Instituten überlässt.<sup>171</sup>

Mit einer so beschriebenen Rolle sollte sich das RWI in Zukunft nicht mehr bescheiden. Da hatte der neue Präsident ganz andere Vorstellungen hinsichtlich eines leistungsfähigen Forschungsprofils und dessen methodologischer Basis.<sup>172</sup> Hier sah er

**166** RWI Arbeitsbericht 1999, Essen 2000, S. 9. Im Jahr 2000 wurde dann ein zweiter Forschungsplan verabschiedet und im selben Jahr auch ein Kooperationsabkommen mit der Ruhr-Universität Bochum abgeschlossen. RWI Arbeitsbericht 2000, Essen 2001, S. 9.

**167** Eine zeitnahe Bewertung der unmittelbar nach Amtsantritt vorgenommenen Maßnahmen bei Christoph M. Schmidt, Evidenzbasierte Politik am RWI Essen – Organisation, Forschungsprofil und Vernetzung, in: RWI Positionen, Nr. 6 vom 15.12.2005.

**168** Im ifo-Institut stand Hans-Werner Sinn vor vergleichbaren Problemen und auch Klaus F. Zimmermann verfuhr beim DIW in Berlin ähnlich wie Christoph M. Schmidt in Essen.

**169** Zimmermann 2011, S. 24.

**170** Später, an anderer Stelle, schwächte er die folgende Dreiteilung der empirischen Wirtschaftsforschung in Deutschland, nämlich erstens Datensammlung durch die amtliche Statistik („Erbsenzählen“), zweitens Beschreibung durch die außeruniversitären Institute und drittens „richtige Forschung“ durch die Universitäten, als eine bloße „Karikatur“ ab, vgl. Christoph M. Schmidt, Research with impact. Forschung und Politikberatung am RWI, in: RWI Positionen, Nr. 54 vom 5.12.2013, S. 11.

**171** Ebda.

**172** Christoph M. Schmidt, Policy Evaluation and Economic Policy Advice, in: Ruhr Economic Papers, Nr. 1 (2007).

außerhalb Deutschlands in der wirtschaftspolitischen Beratung enorme Fortschritte, die sich seinerzeit in der Bundesrepublik noch nicht in einem entsprechenden Angebot der Wirtschaftsforschungsinstitute niedergeschlagen hatten. Die genannte strikte Trennung zwischen amtlicher Statistik, Forschungsinstituten und Universitäten scheine ihm *erstens* obsolet geworden zu sein und müsse deshalb dringend überwunden werden, weil wirtschaftspolitische Beratung mittlerweile eng mit der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung verknüpft sei. *Zweitens* hätten die früher eher bescheidenen Forschungsergebnisse in der Arbeit der Wirtschaftsforschungsinstitute und andererseits die begrenzte wirtschaftspolitische Relevanz der universitären Forschung eine effektive Zusammenarbeit erschwert. *Drittens* hätten jedoch die Bemühungen um die Erneuerung der Institute nach der Jahrtausendwende Erfolg gehabt und diese mittlerweile in die vorderste Front der angewandten Forschung gebracht.<sup>173</sup> Und schließlich seien *viertens* mit verschiedenen universitätsbasierten oder privaten, häufig durch Stiftungen getragenen Forschungsinstituten neue Anbieter wirtschaftspolitischer Expertise an den Markt getreten. Durch diesen wachsenden Wettbewerb seien die „stagnierenden Institute“ einer steigenden Konkurrenz ausgesetzt.<sup>174</sup>

Die Steigerung in der Qualität der wissenschaftlichen Arbeit der Institute wurde unterstützt durch technologische Entwicklungen, weil mit immer leistungsfähigeren PCs größere Datenmengen verfügbar und bearbeitbar wurden und somit auch verstärkt Mikrodaten benutzt werden konnten. Die Fortschritte in der Ökonometrie und Statistik verschoben somit den Fokus der Ökonomik insgesamt auf die empirische Forschung: „This has forwarded economics as an empirical science.“<sup>175</sup> Angesichts dieser Veränderungen stellten sich den Wirtschaftsforschungsinstituten und der empirischen Wirtschaftsforschung allgemein drei fundamentale Aufgaben. *Erstens* die Aufgabe der **Analyse** von Kausalitäten, insbesondere hinsichtlich der Bewertung politischer Intervention in das Wirtschaftsgeschehen (isolation of the effects of policy intervention). Darüber hinaus bleibe auch *zweitens* die beschreibende Analyse von Sachverhalten als eine Form der **Diagnose** von Bedeutung. Und *drittens* bilde die Vorhersage von Entwicklungen, die **Prognose**, weiterhin eine wichtige Aufgabe der angewandten Wirtschaftsforschung (applied research in economics).

---

<sup>173</sup> Als Ausweis für diesen Qualitätsgewinn lasse sich eine wachsende Publikation von Arbeiten der Institute in Top-Journalen der Wirtschaftswissenschaften anführen, vgl. ebda., S. 5. An anderer Stelle nennt Schmidt auch Beispiele, vgl. Christoph M. Schmidt 2006, S. 620.

<sup>174</sup> Genannt werden hier neben dem RWI noch das ifo-Institut in München und das Hamburger Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA). Christoph M. Schmidt, Policy Evaluation and Economic Policy Advice, in: Ruhr Economic Papers, Nr. 1 (2007), S. 5.

<sup>175</sup> Ebda., S. 6.

Aus diesen Überlegungen, ergänzt um einige methodologische Reflektionen,<sup>176</sup> ließ sich dann sehr einfach ein Programm für die Reorganisation des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung herleiten.

Entsprechend diesen Überlegungen erfolgte bereits im Jahr 2003 hinsichtlich der wissenschaftlichen Forschung am RWI in Essen eine grundlegende Umstrukturierung der bis dahin etablierten Organisationsstruktur. Die unter dem Präsidenten Paul Klemmer gebildeten acht inhaltlich bestimmten „Forschungsgruppen“ wurden in sechs neue „Kompetenzbereiche“ umgestaltet, mit dem Ziel, der „Ausprägung eines scharfen und kohärenten Forschungsprofils“ für die zukünftige Arbeit des Instituts Raum zu geben.<sup>177</sup> Als Leitmotiv des neuen Forschungsplanes, in dem sich dieses Profil spiegeln sollte, wurde „Individuelle Prosperität und wirtschaftspolitische Handlungsmöglichkeiten im demographischen und gesellschaftlichen Wandel“ gewählt.

Die verschiedenen Forschungsprojekte des RWI sollten nun stärker inhaltlich in Forschungsschwerpunkten und diese wiederum in Kompetenzbereichen gebündelt werden.<sup>178</sup> Zwei solcher Kompetenzbereiche<sup>179</sup> sollten gänzlich neue Themen aufgreifen und wurden deshalb neu eingerichtet. Sie sollten Projekte zu Fragen individueller Prosperität im demografischen Wandel bündeln und befanden sich 2003 noch im Aufbau. Zwei weitere Kompetenzbereiche<sup>180</sup> sollten die vorhandenen Stärken des Instituts weiterentwickeln und wurden deshalb entscheidend ausgebaut. Die beiden übrigen, makroökonomisch orientierten Kompetenzbereiche<sup>181</sup> sollten das bislang gepflegte wissenschaftliche Leitmotiv des Hauses auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene weiterverfolgen.<sup>182</sup> Hinzu traten ein nichtwissenschaftlicher Kompetenzbereich

---

**176** Diese bezogen sich vor allem auf das „Identifikationsproblem“, die Programmevaluation und auf das Problem unbeobachteter Heterogenität. Vgl. dazu Christoph M. Schmidt, Policy Evaluation and Economic Policy Advice, in: Ruhr Economic Papers, Nr. 1 (2007), S. 6 – 11 und ders., Wirtschaftswissenschaft und Politikberatung in Deutschland – Bedeutung, Möglichkeiten und Grenzen der Kausalanalyse, in: Ansgar Belke et al. (Hg.), Wirtschaftspolitik im Zeichen europäischer Integration. Festschrift für Wim Kösters anlässlich seines 65. Geburtstages, RWI Schriften Nr. 083, Essen 2009, S. 19 – 36, insb. S. 25 – 35.

**177** RWI Arbeitsbericht 2003: Umstrukturierung des RWI Essen in Kompetenzbereiche. Verbindung einer projektbezogenen Arbeitsstruktur mit internem Wettbewerb, Essen 2004, S. 7 und das Organigramm der neuen Struktur innen auf der hinteren Einbandseite.

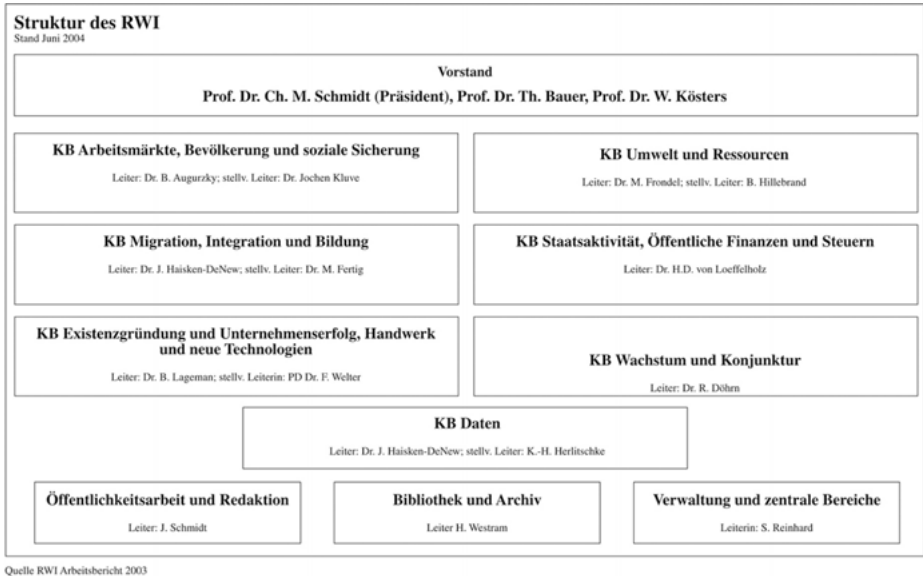
**178** Zu den einzelnen Forschungsschwerpunkten und Kompetenzbereichen genauer: RWI Arbeitsbericht 2003, S. 18 – 50.

**179** Es handelte sich dabei um den KB I „Arbeitsmärkte, Bevölkerung und Soziale Sicherung“ und den KB II „Migration, Integration und Bildung“.

**180** Das waren KB III „Existenzgründung und Unternehmensentwicklung, Handwerk und Neue Technologien“ sowie KB IV „Umwelt und Ressourcen“.

**181** KB V „Wachstum und Konjunktur“ und KB VI „Staatsaktivität, Öffentliche Finanzen und Steuern“.

**182** RWI Arbeitsbericht 2003, S. 8.



**Abb. 13:** Organisationsplan von 2004

„Daten“ sowie weitere drei Abteilungen mit Service-Funktionen für die wissenschaftliche Arbeit.<sup>183</sup>

Die organisatorische Umstrukturierung des RWI im Jahre 2003 folgte der Vorstellung, dass die wissenschaftliche Arbeit im Institut sich nicht nach den historisch gewachsenen Gegebenheiten und Hierarchien ausrichten könne, sondern sich vielmehr an den sich wandelnden aktuellen Forschungsproblemen und den neuesten wissenschaftlichen Entwicklungen orientieren müsse. Das machte die Auflösung der traditionellen Abteilungsstruktur des Hauses unumgänglich, stellte damit aber auch an alle Mitarbeiter hohe Anforderungen. Ihnen musste die Möglichkeit eingeräumt werden, den Neuaufbruch im Hause aktiv mitzugestalten und außerhalb der gewohnten Strukturen weiterhin dort eine „akademische Heimat“ zu finden. Denn es blieb auch in der neuen Situation nötig, die Ziele des RWI von innen heraus so gut wie möglich zu unterstützen. Daneben galt es, qualifizierte neue Mitarbeiter anzuwerben und zu fördern sowie auch darüber hinaus Kontakte und Vernetzungen zu anderen Forschungseinrichtungen auszubauen, um ein möglichst weitreichendes, enges Netzwerk mit externen Wissenschaftlern zu knüpfen. Einen ersten Schritt in Richtung einer Rekrutierung und Weiterqualifikation von Mitarbeitern stellte die Gründung der Ruhr Graduate School in Economics (RGS Econ) dar, die im Herbst 2004 ihre Arbeit aufnehmen und sich einer systematischen Doktorandenausbildung wid-

<sup>183</sup> Dabei handelte es sich um drei solcher Abteilungen, nämlich „Öffentlichkeitsarbeit und Redaktion“, „Bibliothek und Archiv“ sowie um „Verwaltung und zentrale Bereiche“.

men sollte. An dieser Gründung war nicht nur das RWI beteiligt, sondern auch die wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten der Universitäten in Bochum, Dortmund und Duisburg-Essen. Die Forschungsleistungen der verschiedenen neuen Kompetenzbereiche sollten darüber hinaus in Zukunft einer ständigen Überprüfung unterworfen werden. Neben Maßnahmen zur internen Qualitätssicherung der Arbeit,<sup>184</sup> wobei insbesondere der Forschungsbeirat mit regelmäßigen Bewertungen der Arbeit der Kompetenzbereiche (Audit) eine Rolle zu spielen hatte, wurde vor allem auf externe Formen der Qualitätskontrolle vertraut.<sup>185</sup> Das traf sich auch mit den Bemühungen um eine stärkere Vernetzung mit forschungsstarken Wissenschaftlern der umliegenden Universitäten Bochum, Dortmund und Duisburg-Essen.

Die in der Organisationsstruktur vollzogene Neuausrichtung der wissenschaftlichen Arbeit des Instituts fand auch in der Reorganisation der verschiedenen Publikationen des Hauses ihren Ausdruck. Ähnlich wie fünfzig Jahre zuvor bei der Wiederaufnahme einer eigenständigen Publikationstätigkeit zu Beginn der 1950er Jahre<sup>186</sup> lassen Inhalt und Formen der Publikationen unschwer die Ausrichtung der wissenschaftlichen Arbeit des Hauses erkennen. Im Laufe des vergangenen halben Jahrhunderts hatten im Wesentlichen Hauspublikationen, die sich in deutscher Sprache an die heimische Leserschaft wandten, das Bild der Veröffentlichungen des RWI bestimmt. Demgegenüber wurde 2002/03 ein radikaler Schnitt vollzogen und die Arbeitsergebnisse der Wissenschaftler des Instituts sollten in englischer Sprache und in referierten internationalen Zeitschriften Verbreitung finden. Als Erstes betraf das die *Mitteilungen* des RWI, die ja bereits 1950 begründet worden waren und dann über ein halbes Jahrhundert mit dem Untertitel *Zeitschrift für Wirtschaftsforschung* im renommierten Wissenschaftsverlag Duncker & Humblot in Berlin herausgegeben wurden. Diese Zeitschrift wurde 2002 eingestellt, weil ihr Inhalt den gestiegenen Ansprüchen einer wissenschaftlichen Zeitschrift nicht mehr entsprach. Die bis dahin erschienenen Beiträge von Institutsmitarbeitern in deutscher Sprache waren keinem Referierungsverfahren unterzogen gewesen. Der Versuch, die *RWI-Mitteilungen. Quarterly* als ein hauseigenes Publikationsorgan beizubehalten, das auch weiterhin von Duncker & Humblot in Berlin herausgegeben werden sollte,<sup>187</sup> wurde nach weniger als zwei Jahren abgebrochen und man verzichtete in Zukunft gänzlich auf eine derartige Publikation. Eine eigene Hauszeitschrift gab es im RWI ab diesem Zeitpunkt nicht mehr und dies war eine ganz bewusste Entscheidung. Der neue Vorstand beabsichtigte stattdessen, die Forschungsergebnisse des Instituts nicht länger in inter-

**184** Dazu genauer RWI Arbeitsbericht 2003, S. 53f.

**185** Darunter wurden vor allem Veröffentlichungen in renommierten internationalen Publikationsorganen und Erfolge bei der hart umkämpften Einwerbung von Drittmitteln verstanden. RWI Arbeitsbericht 2003, S. 9 und S. 54.

**186** Vgl. dazu Walther Däbritz, 25 Jahre Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, in: RWI Schriften, N.F., Nr. 2, S. 7–11, hier S. 10 und weiter oben Punkt 5.2.3.

**187** Insgesamt sind nur drei Hefte erschienen: 2003/04 eines als Vol. 54/55 – 1 und die beiden weiteren Hefte gemeinsam als Vol. 54/55 – 3.

nen Publikationen zu präsentieren, sondern den Weg in internationale, referierte Zeitschriften und Publikationen zu suchen und dadurch nicht nur die Qualität der Arbeiten einer externen Bewertung zu unterziehen, sondern zugleich auch die Sichtbarkeit der Arbeit des Instituts in der internationalen Gemeinschaft der Wissenschaftler zu verbessern.

Als ein Zwischenschritt auf diesem Wege wurden zunächst die *RWI Discussion Papers* geschaffen, die quasi als hausinterne „Working Papers“ den Mitarbeitern die Möglichkeit gaben, ihre Forschungen zunächst einmal einem kleineren Kreis in deutscher oder in englischer Sprache zu präsentieren und diese dann, so die Empfehlung, später international in referierten Zeitschriften zu platzieren.<sup>188</sup> Die Reihe öffnete sich zudem auch für externe Autoren und ein neues Herausbergremium, das über die Mitglieder des RWI hinausreichte, wurde gebildet. Als Geschäftsführender Herausgeber fungierte Thomas K. Bauer.<sup>189</sup> Insgesamt sind in dieser Reihe bis zum Jahr 2007 genau 57 Hefte erschienen.<sup>190</sup>

Als es dem RWI gelungen war, auch die umliegenden Universitäten des Ruhrgebiets für einen Forschungs- und Lehrverbund und für die Mitwirkung an den Publikationen des Essener Instituts zu gewinnen, wurden die *RWI Discussion Papers* ab 2007 durch *Ruhr Economic Papers* ersetzt, die nunmehr ausschließlich Beiträge in englischer Sprache akzeptierten. Das Herausbergremium setzte sich entsprechend aus Vertretern der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten<sup>191</sup> der Universitäten des Ruhrgebiets zusammen und auch die Ruhr Graduate School des RWI war an der Herausgabe der Hefte beteiligt. Als Anlage zum ersten Heft<sup>192</sup> der bis heute (2018) auf mehrere Hundert Beiträge angewachsenen Reihe findet sich in deutscher Sprache ein knapper Hinweis darauf, was mit der neuen Reihe eigentlich beabsichtigt ist:

Die Ruhr Economic Papers dienen der Verbreitung von wissenschaftlichen Forschungsergebnissen aus den beteiligten Institutionen in internationalen Fachkreisen bei gleichzeitiger Wahrung der wissenschaftlichen Autonomie der Fakultäten. Endgültiges Ziel ist die Publikation der Beiträge in einer referierten Fachzeitschrift oder einem Sammelband.

---

**188** Michael Fertig/Christoph M. Schmidt, *Mobility within Europe. The Attitudes of European Youngsters*, Essen 2003, als erstes Heft der Reihe gab nicht nur die neue Form vor, sondern widmete sich auch einem zukünftigen Hauptthema der Forschungen, nämlich den Zusammenhängen von Arbeitsmarkt und Wanderung.

**189** RWI Mitteilungen. Quarterly, Vol. 54/55 – 1, Aims & Scope.

**190** Das letzte Heft war: Manuel Frondel/Jörg Peters/Colin Vance, *Identifying the Rebound – Theoretical Issues and Empirical Evidence from a German Household Panel*, Essen 2007.

**191** Namentlich handelte es sich 2007 um Justus Haucap von der Ruhr-Universität Bochum, Wolfgang Leininger von der Universität Dortmund, Volker Clausen von der Universität Duisburg-Essen und um Christoph M. Schmidt als den verantwortlichen Herausgeber im RWI.

**192** Christoph M. Schmidt, *Policy Evaluation and Economic Policy Advice*, in: *Ruhr Economic Papers*, Nr. 1 (2007).

Mit diesen Veränderungen hinsichtlich der wissenschaftlichen Zeitschriften des Essener Instituts fanden die Neuerungen im Publikationswesen des Hauses längst noch nicht ihren Abschluss. Die Umgestaltungen betrafen zunächst einmal Publikationen, die ihre Entstehung den Bemühungen um ein größeres Maß an Sichtbarkeit verdankten. Sie waren im Rahmen der Reorganisation der Arbeit und der Publikationen nach dem Amtsantritt Paul Klemmers angestoßen worden. Dazu zählten die *Schriften und Materialien zur Regionalforschung*<sup>193</sup> wie auch die *Schriften und Materialien zu Handwerk und Mittelstand*,<sup>194</sup> deren spezielle Gegenstandsbereiche nunmehr nicht länger zu den Kernthemen der wissenschaftlichen Arbeit des Institutes zählten. Aber es traf auch ältere Reihen, so die *RWI-Papiere*,<sup>195</sup> die *Untersuchungen des RWI*,<sup>196</sup> die *RWI-Konjunkturbriefe* und später auch die *RWI Schriften*, die von 1951 bis 2013 erschienen waren.<sup>197</sup> Die *Schriften des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung*, als die im Jahre 1951 als „Neue Folge“ erneuerte Hauptschriftenreihe des Instituts, die bereits auf eine Tradition bis 1939 zurückblicken konnten, blieben von den Reorganisationsmaßnahmen unter dem neuen Präsidenten nicht verschont. Mit Band 69<sup>198</sup> endete 2003 die alte Schriftenreihe, wurde zunächst noch als neue Reihe, nämlich als *RWI: Schriften* weitergeführt, in der nunmehr verstärkt auch englischsprachige Beiträge erschienen, bis auch diese Reihe 2013 endgültig verschwand.

An die Stelle der bis 2003 historisch gewachsenen, recht unübersichtlichen und nicht mehr in jedem Fall den Ansprüchen der modernen Wirtschaftswissenschaften entsprechenden Publikationen des RWI traten ab 2003 verschiedene, in der Zahl verminderte, aber mit einem klaren Fokus versehene Publikationen des Hauses. Von den *RWI Discussion Papers* (2003) und den *Ruhr Economic Papers* (2007) war bereits

---

**193** In dieser Reihe sind insgesamt 11 Bände erschienen, beginnend mit Nr. 1: Beate Müller/Heinz Schrumpf, Die strukturpolitischen Reformen der Europäischen Union, Essen 1999, und endend mit Nr. 11: Beate Müller, Struktur der Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen zu Beginn des Jahres 2000, Essen 2002.

**194** Diese Reihe umfasste 15 Bände, beginnend mit Nr. 1: Paul Klemmer/Heinz Schrumpf, Der Große Befähigungsnachweis im deutschen Handwerk – Relikt einer überkommenen Ständegesellschaft oder modernes Instrument der Wirtschaftspolitik?, Essen 1999, und endend mit Nr. 15: Friederike Welter et al., Female Entrepreneurship. A Conceptual and Empirical View, Essen 2002.

**195** Nr. 1: Ullrich Heilemann/Rainer Rau, Konjunkturmodell der Wirtschaftsforschungsinstitute. Simulationsrechnungen I, Essen 1975, bis Nr. 82: Paul Klemmer/Bernhard Hillebrand/Michael Bleuel, Klimaschutz und Emissionshandel – Probleme und Perspektiven, Essen 2002.

**196** Nr. 1: Bernhard Hillebrand/Onke Knieper/Gerhard Schmidt/Hans-Werner Schmidt, Auswirkungen des EG-Binnenmarktes für Energie auf Verbraucher und Energiewirtschaft in der Bundesrepublik, Essen 1991, bis Nr. 43: Ullrich Heilemann/Hans Dietrich von Loeffelholz (Hg.), Arbeitsmarktsteuerung der Zuwanderung – neuere deutsche Ansätze und internationale Erfahrungen, Essen 2003.

**197** Als Nr. 001 war 1951 erschienen: o. V., Der Warenkredit an letzte Verbraucher in Deutschland. 2013 endete die Reihe mit der Nr. 084: Uwe Neumann/Lutz Trettin/Christoph M. Schmidt, Förderung der lokalen Ökonomie – Fallstudie im Rahmen der Evaluation des Programms Soziale Stadt NRW, Berlin 2013.

**198** Friederike Welter, Strategien, KMU und Umfeld. Handlungsmuster und Strategien in kleinen und mittleren Unternehmen, Berlin 2003.

die Rede und gleichzeitig mit Ersteren erschienen im Jahr 2003 bereits als neue Reihen die *RWI Materialien* und die *RWI News*. In den regelmäßig herauskommenden *RWI Materialien* wurden überwiegend wissenschaftliche Diskussionsbeiträge, Gutachten und Stellungnahmen des RWI zu wirtschaftspolitischen Themen sowie Dokumentationen veröffentlicht.<sup>199</sup> Es handelt sich dabei also um umfangreichere Publikationen, die sich an wirtschaftspolitische Akteure, Unternehmen und die Fachöffentlichkeit richten. Inzwischen sind mehr als einhundert Beiträge zumeist in deutscher Sprache in diesen *Materialien* erschienen und alle sind im Internet als pdf-Dateien verfügbar wie auch in gedruckter Form im Buchhandel zu beziehen. Die knapper gehaltenen *News* dienen der Darstellung von Forschungsarbeiten und aktuellen Beiträgen zur wirtschaftspolitischen Debatte. Als Online-Ausgabe verbreiten sie darüber hinaus auch Ereignisse und Neuigkeiten im Hause und bieten Journalisten und der interessierten Öffentlichkeit die Möglichkeit, an den Forschungsarbeiten und aktuellen Diskussionen teilzuhaben.

Nur zwei Jahre nach den Neugründungen von 2003 kamen zwei weitere Publikationsreihen des RWI neu hinzu. Es handelte sich um die *RWI Positionen*, mit denen politikberatende Forschungsergebnisse und evidenzbasierte Handlungsanweisungen unmittelbar kommuniziert werden sollen.<sup>200</sup> Sie zielen also direkt und unmittelbar in das Zentrum der aktuellen Wirtschaftspolitik. Mit den *RWI Konjunkturberichten* wurde dann eine bereits von 1929 bis 1939 betriebene und seit 1952 wieder aufgenommene Tradition regelmäßiger Konjunkturberichterstattung fortgesetzt. Bereits 1967 waren sie in erneuerter Form mit Jg. 18 (1967) der Neuen Folge nicht mehr durch das RWI selbst publiziert, sondern vom Verlag Duncker & Humblot in Berlin herausgegeben worden. Nunmehr erhielten sie ab Jg. 56 (2005) ein neues Format und mit *RWI Konjunkturberichte* auch einen neuen Titel.<sup>201</sup> In diese halbjährlichen Berichte zur inländischen wie zur internationalen Entwicklung fließen auch die Ergebnisse aus der Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute mit ein. Mit den Beiträgen sollen politikberatende Forschungsergebnisse und evidenzbasierte Handlungsempfehlungen aus allen Kompetenzbereichen des Forschungsinstituts grundsätzlich in deutscher Sprache kommuniziert werden. Der Adressatenkreis konzentriert sich demnach auf die Fachöffentlichkeit in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft. Die Papiere stehen kostenlos als pdf-Downloads zur Verfügung.

<sup>199</sup> Als Nr. 001 erschien 2003: Hartmut Clausen/Lutz Trettin, Förderung von Demonstrationsvorhaben im Umweltbereich. Mitnahmeeffekte und Finanzierungsformen, Essen 2003.

<sup>200</sup> Der Präsident selbst eröffnete die Reihe anlassbezogen mit einem programmatischen Beitrag. Nr. 001: Christoph M. Schmidt, Das RWI als Hort unabhängiger Wissenschaft, 20.4.2005.

<sup>201</sup> Allerdings erschienen die *Konjunkturberichte* für das folgende Jahr 2006 nur mit einem Heft, ab 2007 aber in der gewohnten Weise zweimal jährlich. Die Publikation ist auch online abrufbar: <http://www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-konjunkturberichte/> [zuletzt abgerufen am 4.12.2017].

Dass alle diese weitreichenden Neuerungen nicht gänzlich ohne Konflikte ablaufen würden, war schon mit dem Ausscheiden des Vizepräsidenten im Jahre 2003 deutlich geworden. Die inneren Spannungen im Institut wirkten auch nach außen und im Frühjahr 2005 trat ein Gründungsmitglied des RWI e.V., nämlich der Gesamtverband des Deutschen Steinkohlenbergbaus (GVSt), aus dem Verein aus.<sup>202</sup> Die Interessen des Steinkohlenbergbaus, der über Jahrzehnte einer der eifrigsten Unterstützer der Arbeit des Hauses gewesen war, schienen den Verbandsoberen offenbar nicht mehr hinreichend durch das RWI vertreten zu werden.<sup>203</sup> Der noch nicht lange amtierende Präsident nahm rasch ausführlich zu diesem Austritt Stellung.<sup>204</sup> Er charakterisierte das Verhalten des GVSt als ausschließlich politisch motiviert und verwahrte sich nachdrücklich dagegen, diesen Schritt als eine Bewertung der Forschungsqualität des RWI und seiner Kompetenz hinsichtlich der wirtschaftspolitischen Beratung anzusehen. Vielmehr wies er vehement darauf hin, dass wissenschaftliche Exzellenz nur durch Unabhängigkeit gegenüber den Interessen einzelner Unternehmen oder Branchen und auch gegenüber der Politik zu erreichen sei und genau diese sei dem RWI unlängst durch eine unabhängige Expertenkommission der Leibniz-Gemeinschaft bestätigt worden. „Das RWI Essen [sei] das einzige wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitut in NRW und eines der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in Deutschland“ – so konnte er festhalten.<sup>205</sup>

In diesem Zusammenhang erinnerte der Präsident Christoph M. Schmidt nochmals daran, welche Kriterien von den externen Evaluatoren zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute herangezogen worden waren. Es ging dabei *erstens* um die wirtschaftspolitische Beratung der Politik und der Öffentlichkeit, *zweitens* um die wissenschaftliche Analyse nationaler und internationaler ökonomischer Entwicklungen und *drittens* um eine komplementäre Ergänzung der universitären Forschung und Lehre. Allen diesen Aufgaben sei das RWI nach Meinung der Gutachter in vorbildlicher Weise nachgekommen. Die neue Struktur des Instituts entspreche diesen Anforderungen in voller Weise, das entwickelte Forschungsprogramm zeige ein hohes Maß von Kohärenz hinsichtlich der theoretischen und methodischen Fundierung, sodass die nationale und internationale Sichtbarkeit des Instituts deutlich zugenommen habe. Für eine derartige evidenzbasierte, empirisch anspruchsvolle Analyse ökonomischer Strukturen und Prozesse bilde die Unabhängigkeit nichts weniger als das „Lebenselixier“. Der Austritt eines Mitglieds sei daher vom Institut zu bedauern, ändere aber nichts an seiner wissenschaftlichen Grundhaltung.

<sup>202</sup> Welt am Sonntag vom 10.4.2005 und Rheinische Post vom 14.4.2005.

<sup>203</sup> Inwieweit hier ein Zusammenwirken mit den beherrschenden Kräften im Institut eine Rolle gespielt hat, lässt sich auf der Basis der verfügbaren Unterlagen nicht bestimmen.

<sup>204</sup> Christoph M. Schmidt, Das RWI als Hort unabhängiger Wissenschaft, in: RWI Positionen, Nr. 001 (20.4.2005).

<sup>205</sup> Ebda.

Damit war zu Beginn des neuen Jahrtausends nicht nur eine organisatorische Änderung im Hause auf den Weg gebracht worden, sondern auch in der inhaltlichen Arbeit sollte mit den überkommenen Routinen gebrochen werden. Neuen Ansätzen, wie sie in der Entwicklung der ökonomischen Theorie international zu beobachten waren und die nach Ansicht des Wissenschaftsrates im RWI bisher nur unzureichend Berücksichtigung gefunden hatten, sollte endlich zum Durchbruch verholfen werden. Auf die beabsichtigten forschungsstrategischen Konsequenzen der „jüngst reformierte[n] betriebsökonomische[n] Organisation“ des Hauses ging der neue Präsident kurze Zeit später (2005) ein wenig ausführlicher ein.<sup>206</sup> Grundlage der wissenschaftlichen Arbeit solle eine „sinnvolle Balance zwischen fokussierter Forschung und breiter Kompetenz in der wirtschaftspolitischen Beratung“ sein, mit der das Institut im wachsenden nationalen und internationalen Wettbewerb der Forschungsinstitute bestehen könne. Er skizzierte knapp drei neue Programmbereiche, von denen der *erste* „den Menschen und seine (materielle) Wohlfahrt in den Mittelpunkt der Betrachtung“ stellen solle. Ein *zweiter* industrieökonomisch orientierter Programmbereich solle sein Augenmerk insbesondere auf die Arbeit richten, als den Lebensbereich, aus dem die Menschen nicht nur ihre (materielle) Wohlfahrt, sondern auch Integration und Identität beziehen. Als *dritten* Programmbereich sah der Präsident den gesamtwirtschaftlichen Rahmen an, geprägt durch ökonomische Strukturen und Konjunkturen, durch den Arbeit und Leben der Menschen begrenzt würden.<sup>207</sup> In den genannten Programmbereichen sei das RWI bestrebt, eine Marktführerschaft zu erlangen. Dazu sollten insbesondere exzellente deskriptive Analysen dienen, die zwar auf anspruchsvolle Methoden zurückgreifen müssten, dabei aber die Grenzen der möglichen Kausalitätsaussagen multivariater Verfahren nicht überschreiten sollten. Die Güte des Studiendesigns müsse immer höher gewichtet werden als die Komplexität der eingesetzten ökonometrischen Technik.

Kurz vor dem Jubiläumsjahr hat sich in der Führung des Hauses erneut eine Veränderung ergeben. Wim Kösters schied turnusgemäß aus seinem Amt aus und der kaufmännische Geschäftsführer, Stefan Rumpf, rückte als Administrativer Vorstand in das Gremium auf. Damit setzte das RWI das durch die Leibniz-Gemeinschaft für Forschungsinstitute propagierte Leitbild einer wissenschaftlich-administrativen „Doppelspitze“ um.

**Stefan Rumpf** wurde am 12. Januar 1967 in Bitburg geboren. Sein Vater, Otto Rumpf, hatte sich, aus Duisburg stammend, nach seinem Medizinstudium in der Eifel als Landarzt niedergelassen. Die Mutter, Magdalena Marx, stammte aus Trier und der Sohn Stefan war das dritte von acht Kindern. Nach dem Besuch der Grundschule besuchte der

<sup>206</sup> Christoph M. Schmidt, Evidenzbasierte Politikberatung am RWI – Organisation, Forschungsprofil und Vernetzung, in: RWI Positionen, Nr. 006 (15.12.2005).

<sup>207</sup> Zwei inhaltliche und ein methodisches Querschnittsthema sollten diese Programmbereiche ergänzen. Inhaltlich handelte es sich dabei um die beiden Themen „Demografischer Wandel“ und „Regionalökonomische Fragestellungen“; als alle Bereiche betreffendes Querschnittsthema wurde die „Evidenzbasierte Politikberatung“ etabliert.

*Knabe das private St.-Josef-Gymnasium in Biesdorf/Eifel, eine ehemalige Klosterschule der Missionare von der Heiligen Familie. Dort erwarb er 1987 die Allgemeine Hochschulreife und begann im Wintersemester 1987/88 mit dem Studium der Geologie in Bonn.*

*Doch bereits ein Jahr später wechselte er das Studienfach und begann im Wintersemester 1988/89 das Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Universität Trier. Während seines Studiums war er dort im Fachbereich IV „Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ zwischen 1990 und 1994 an mehreren Lehrstühlen als studentische Hilfskraft tätig. Während seiner Semesterferien arbeitete der junge Student häufiger in einer Zimmerei, um sich ein wenig zusätzliches Geld zu verdienen. Dieses Geld investierte er überwiegend in ein bis heute gepflegtes Hobby, nämlich den Erwerb hochwertiger Hifi-Komponenten, um sich damit einen besonderen Musikgenuss verschaffen zu können. Darüber hinaus begann er während seines Studiums mit dem Jogging, einer Leidenschaft, die er ebenfalls bis heute pflegt. Im Frühjahr 1995 absolvierte er dann an der Universität Trier die Prüfung als Diplom-Kaufmann.<sup>208</sup>*

*Im „Zentrum für europäische Studien“ der Universität Trier fand der junge Betriebswirt von 1994 bis 1998 seine erste Anstellung, zunächst als studentische Hilfskraft, dann als wissenschaftlicher Mitarbeiter. Danach wurde er als Geschäftsführer des DFG-Sonderforschungsbereichs „Umwelt und Region“ an der Universität Trier tätig, bei dessen Einwerbung er als „rechte Hand“ des späteren Sprechers des SFB sehr aktiv beteiligt war. Hier entwickelte sich seine Begeisterung am Wissenschaftsmanagement, auf das er sich in den späteren Jahren immer mehr fokussierte. In diesem Forschungsverbund betrieb Stefan Rumpf zugleich seine Promotion in einem der insgesamt 18 natur-, sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Teilprojekte des SFB. Seine Doktorprüfung absolvierte er im November 2003 und wurde zum Dr. rer. pol. promoviert.<sup>209</sup> Mit seinen Studien und Forschungen waren damit die Themenfelder „Ökologie“ und „Nachhaltigkeit“ umrissen, welche auch sehr gut in den Rahmen des nach der Jahrtausendwende erneuerten RWI passen.*

*Nach seinen akademischen Tätigkeiten an der Universität wechselte Stefan Rumpf 2003 zunächst als Projektmanager zur Abteilung Wirtschaftsförderung an die Handwerkskammer Trier. Nur zwei Jahre später jedoch fand er dann seinen Weg nach Essen an das RWI, wo er ab 2005 als Mitarbeiter im Stab des Vorstandes zunächst insbesondere den Aufbau und die Koordination der „Ruhr Graduate School in Economics“ (RGS Econ) administrativ leitete. Ab 2009 war er zudem mit dem Umbau des Hauses, in dem das RWI in Essen beheimatet ist und das dabei u. a. um zwei Etagen aufgestockt*

---

**208** Das Thema seiner Diplomarbeit lautete: „Öko-Sponsoring – Chance zum ökologischen Umbau von Unternehmen“. Für diese Arbeit wurde ihm der von der Handwerkskammer Trier ausgelobte Ökonomiepreis zuerkannt.

**209** Das Thema der Dissertation lautete: „Zukunftsfähigkeit durch Handwerk? Strukturelle Voraussetzungen, Akzeptanz und Umsetzungsmöglichkeiten des Konzeptes einer nachhaltigen Entwicklung im Handwerk“. Auch für diese Arbeit wurde der junge Forscher mit dem Ökonomiepreis der Handwerkskammer Trier ausgezeichnet.

wurde, leitend befasst. Ende 2010 übernahm er dann die Leitung der Abteilung „Finanzen und Controlling“ und ab 2013 die im Institut neu geschaffene Funktion eines kaufmännischen Geschäftsführers. Seit 2015 ist Stefan Rumpf zudem stellvertretender Sprecher des „Verwaltungsausschusses“ der Leibniz-Gemeinschaft. Dieser dient dem Erfahrungsaustausch der derzeit 93 Mitgliedseinrichtungen und erarbeitet u.a. Stellungnahmen und Empfehlungen an den Vorstand und das Präsidium der Leibniz-Gemeinschaft. Im Oktober 2017 wurde er schließlich in den Vorstand des Hauses berufen.

### 7.3 Wirtschaftspolitik und Wirtschaftswissenschaft

Der Übergang zu einer stärker an der Entwicklung der Marktkräfte orientierten Wirtschaftspolitik gegen Ende des 20. Jahrhunderts hatte tatsächlich zu einer Dynamisierung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Industriestaaten geführt. Dazu hatten weitgehende Deregulierungen, insbesondere auch auf den Finanzmärkten, beigetragen.<sup>210</sup> Das galt nicht nur für die deutsche Volkswirtschaft. Die stürmische Wirtschaftsentwicklung der sogenannten Nullerjahre führte in verschiedenen Ländern zu einer Verselbständigung der wirtschaftlichen Prozesse, weil eine politische Nachsteuerung der Deregulierung unterblieb.<sup>211</sup> Eigeninteressen, der Shareholder Value, dominierten das Handeln der Wirtschaftssubjekte und eine Herrschaft der Zahlen begann auch den politischen Diskurs zu dominieren. Ebenso kam es in den Wirtschaftswissenschaften zu einer Verengung des ökonomischen Denkens von den gesamtwirtschaftlichen zu den einzelwirtschaftlichen Aspekten der ökonomischen Entwicklung, was im Aufstieg der Mikroökonomik seinen theoretischen Ausdruck fand.<sup>212</sup> Erst die Finanzkrise von 2008 und die folgende Euro-Schuldenkrise führten zu einer gewissen Besinnung auf gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge und förderten die Rückkehr der Makroökonomie in die wirtschaftspolitische Arena. Eine neue Wertschätzung von Vielfalt und Ausgleich in der Wirtschaft scheint sich abzuzeichnen und den Abschied von einer Verabsolutierung des Marktprinzips einzuleiten. Es zeigt sich erneut, dass „eine Idee [...] immer dann schädlich [wird], wenn sie sich von der Realität löst“.<sup>213</sup>

Doch mit einer Wiederkehr makroökonomischer Sichtweisen als Alternative zu einer mikroökonomischen Betrachtung wirtschaftlicher Zusammenhänge ist das Spektrum ökonomischer Theorieangebote gegenwärtig noch längst nicht erschöpft. Die wirtschaftspolitische Beratung kann sich auf einen ganzen Strauß neuerer Theorieansätze stützen. Die moderne ökonomische Theorie des frühen 21. Jahrhunderts bietet in Deutschland das Bild einer heterodoxen Vielfalt, die einer Herausbildung eines dominierenden Paradigmas in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung und der politischen Beratung entgegensteht. Für den Ökonomen steht daher eine ganze Reihe von

---

<sup>210</sup> Rödder 2016, S. 9.

<sup>211</sup> Vinen 2009.

<sup>212</sup> Rödder 2015, S. 52–72.

<sup>213</sup> Rödder 2016, S. 23.

Methoden bereit, mit denen er wissenschaftliche Evidenz zu gewinnen vermag.<sup>214</sup> Neben der neoklassischen Gleichgewichtstheorie bietet sich der empirischen Wirtschaftsforschung ein weites Feld für eine „transparente Zusammenführung von theoretischen Annahmen und empirischen Belegen.“<sup>215</sup> Hinzu kommen Ansätze der empirischen Evaluationsforschung, der Laborökonomik und der randomisierten Feldforschung. Und schließlich weist die moderne Institutionenökonomik über den engeren Bereich des ökonomischen Handelns hinaus auf Unterschiede in den Rahmenbedingungen als Voraussetzung für eben derartiges Handeln.<sup>216</sup>

Welchen theoretischen Richtungen ein Ökonom auch anhängen mag, seine daraus abgeleiteten Empfehlungen müssen immer politisch auch durchgesetzt werden können. Hier öffnet sich das weite Feld der wirtschaftspolitischen Beratung. Doch unter den führenden deutschen Ökonomen lässt sich ein Grundkonsens über die Bedeutung und Relevanz der wirtschaftspolitischen Beratung nur schwerlich ausmachen, zu unterschiedlich sind öffentliche Wahrnehmung und Selbsteinschätzung der Experten.<sup>217</sup> Die Politikberatung insgesamt nimmt offenbar in der Wertschätzung der meisten Ökonomen nur einen geringen Stellenwert ein.<sup>218</sup> Die Ursache dafür wird vor allem in der Berufungspraxis der Hochschulen vermutet, welche die Rekrutierung von Hochschullehrern vornehmlich an der Zahl der Publikationen in hochrangigen, internationalen Journalen ausrichten; eine Einschätzung, wie sie auch im Ranking ihrer wissenschaftlichen Leistungen in der Fachpresse kommuniziert wird. Martin Hellwig sieht deshalb gegenwärtig in der akademischen Welt der Ökonomen eine „klare Zweiteilung: Grundlagenforschung und Politikberatung“ (S. 15), wobei der Rückzug aus der öffentlichen wirtschaftspolitischen Debatte in die „reine Wissenschaft“<sup>219</sup> gelegentlich auch aus persönlichem Unvermögen der Betroffenen oder aus Feigheit geschehe (Friedrich Schneider, S. 19). Man solle sich daher nicht wundern, wenn es nicht immer die besten Ökonomen sind, die sich in der Politikberatung engagieren (Wolfram Richter, S. 17). Wer aber sind die besten Ökonomen und was ist die beste Forschung?

Ist also die gegenwärtige ökonomische Forschung, der man zudem in entscheidenden Krisensituationen ein hohes Maß an Irrelevanz zuschreiben muss,<sup>220</sup> überhaupt geeignet, als Basis einer angemessenen Politikberatung zu dienen? Nur die

---

**214** Weimann 2015, insb. S. 248.

**215** Christoph M. Schmidt, Research with Impact. Forschung und Politikberatung am RWI, in: RWI Positionen, Nr. 54, 5.12.2013, S. 1.

**216** Weimann 2015, S. 248.

**217** Das unterstreichen auch die z.T. wütenden Reaktionen auf einen Zeitungsartikel („Ökonomen auf Sinnsuche“, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, Nr. 39 vom 2.10.2016, S. 26) und das Buch eines Redakteurs der FAZ: Plickert 2016.

**218** Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf eine Diskussion unter führenden Ökonomen in Deutschland, die dokumentiert wurde durch: Schneider/Weimann 2016.

**219** Welchen Stellenwert diese „reine“ Wissenschaft hat, muss ebenfalls kritisch hinterfragt werden. Hans-Werner Sinn erkennt darin häufig Züge einer „selbstreferentiellen Forschung“. Ebda., S. 14.

**220** Nienhaus 2009.

„richtige Forschung“ erscheint deshalb als „relevant und geeignet“ (Axel Börsch-Supan, S. 22), um der wirtschaftspolitischen Beratung Hilfestellung geben zu können. Demgegenüber wird andererseits auch angemahnt, dass sich die ökonomische Forschung auch nicht zu einer Hilfswissenschaft der Wirtschaftspolitik degradieren lassen dürfe (Kai Konrad, S. 23). Es gelte also ein gewisses Maß an Ausgewogenheit zwischen einer Grundlagenforschung und der angewandten Forschung zu finden (Friedrich Breyer, S. 22). Die Wirkung der theoretischen Arbeiten auf die Politik, die wegen der Komplexität der zu bearbeitenden Phänomene relativ abstrakt zu formulieren seien, müsse deshalb eher als indirekt angesehen werden und erfordere daher zusätzlich zu einer wissenschaftlichen Findigkeit eine gewisse Transferleistung durch die Politikberatung (Carl Christian von Weizsäcker, S. 23). Ein unausweichbarer „Widerspruch zwischen politischer und wissenschaftlicher Logik“ bleibe also zu konstatieren (Axel Börsch-Supan, S. 32). Wenn allerdings die Ökonomie als eine Sozialwissenschaft im weiteren Sinne verstanden würde, so stelle sich dieser Zusammenhang als nicht gar so schwierig dar, weil die relevanten Fragestellungen für die Forschung durch die gesellschaftlichen Problemlagen quasi vorgegeben würden (Ronnie Schöb, S. 25f.).

Das Zauberwort, dem alle Beteiligten zustimmen könnten, lautet demnach **evidenzbasierte Politikberatung** (Claudia Buch, S. 24). Nur wird dieser Begriff auf dem „Schlachtfeld der wirtschaftspolitischen Beratung“ von den Beteiligten auf sehr unterschiedliche Weise interpretiert (Christoph M. Schmidt, S. 37). Die evidenzbasierte Politikberatung müsse in gewisser Weise eine glaubwürdige Annäherung theoretischer Reflexion an die Folgen politischer Entscheidungen zustande bringen.<sup>221</sup> Es sei also „wichtig, Methoden und Herangehensweisen evidenzbasierter Wissenschaft gut zu erläutern“ (Lars Feld, S. 102). Daran mangelt es aber bis heute. Man ist sich sogar dahingehend uneins, wer denn überhaupt der Adressat einer derartigen evidenzbasierten Politikberatung sein soll, ob unmittelbar die Politiker oder mittelbar die Öffentlichkeit. Politiker neigen offenbar dazu, wissenschaftliche Expertisen lediglich als Alibi für ihr Handeln zu betrachten oder Gutachten gar als „Schubladenwissen“ zu verunglimpfen (Hans-Werner Sinn, S. 39 und S. 50). Vermutlich ist es deshalb wichtiger, „stärker den Referenten zuzuarbeiten“, als Politiker unmittelbar anzusprechen (Ronnie Schöb, S. 79), denn „es gilt die Referenten mit guten Argumenten zu überzeugen“ (Wolfgang Franz, S. 39).

Deshalb wird dafür plädiert, zumindest zweigleisig zu verfahren, denn Wirtschaftsforschung werde nicht nur für die Fachöffentlichkeit, sondern auch für die allgemeine Öffentlichkeit betrieben (Christoph M. Schmidt, S. 50). Die Ökonomen müssten deshalb das Volk beraten und auf diese indirekte Weise den Politikern „Dampf machen“ (Hans-Werner Sinn, S. 75 und S. 162). Gleichwohl muss man hinsichtlich der Qualität der Beratungen skeptisch bleiben, weil Empfehlungen und Prognosen in der Vergangenheit zu häufig danebenlagen und den Gang der Ereig-

---

221 Schmidt 2014, S. 1.

nisse nicht richtig vorausgesagt haben. Denn „Modelle, die prognostisch taugen, gibt es leider nicht“ (Hans-Werner Sinn, S. 89) und deshalb scheint die Feststellung, „mit Prognosen liegt man eigentlich immer daneben“ (Lars Feld, S. 89), nicht nur als Witz gemeint zu sein. In einer Zusammenfassung der Diskussionen zum Stellenwert einer ökonomischen Politikberatung kann man in Anlehnung an Kerstin Schneider (S. 173) deshalb nur festhalten, dass es eigentlich mindestens drei Typen einer derartigen Beratung in Deutschland gibt.<sup>222</sup> Der *erste* Typus versucht, auf indirektem Wege Ergebnisse ökonomischer Grundlagenforschung in den Politikbetrieb einzuspeisen. Dies scheint durch die Zusammenarbeit mit den Experten in den betroffenen Ministerien und Institutionen, z. B. über deren wissenschaftliche Beiräte, am ehesten möglich. Ein *zweiter* Weg führt über die Mobilisierung der Öffentlichkeit und die Popularisierung der ökonomischen Problemlagen. Dadurch wird die Politik mit Forderungen konfrontiert, denen sie sich stellen und auf die sie mit Maßnahmen reagieren muss. Schließlich erfolgt *drittens* auch eine institutionalisierte Politikberatung, wie sie in Deutschland vom Sachverständigenrat und den Wirtschaftsforschungsinstituten betrieben wird. Dazu zählen die etablierten Formen, wie z. B. die Jahresgutachten des Sachverständigenrates und die halbjährlich vorgelegten Konjunkturgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute.<sup>223</sup>

Auf dieser letzten Ebene bewegen sich auch die Arbeiten des RWI und sein Präsident plädiert nachdrücklich für die Umsetzung der in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung gewonnenen Erkenntnisse im Rahmen rationaler gesellschaftlicher Debatten, um zu besseren wirtschaftspolitischen Entscheidungen zu gelangen. Die Wissenschaft ist dabei aufgefordert, „ihren Beitrag dazu zu leisten, dass politische Entscheidungen auf fachlich fundierter Basis getroffen werden“.<sup>224</sup> Wie das geschehen kann, ist angesichts der gleichzeitig hervorgehobenen „Vielstimmigkeit der Wissenschaft“ allerdings unklar und es verwundert daher nicht, dass je nach wissenschaftlichem Standpunkt sehr unterschiedliche und z. T. sogar widersprüchliche Empfehlungen für eine „rationale“ Politik gegeben werden. Evidenzbasierte Politikberatung bringt eben keinesfalls automatische eindeutige und risikolose Antworten auf brennende gesellschaftliche Fragen hervor, sondern bleibt als wissenschaftliches Konzept ebenfalls kontrovers.<sup>225</sup>

---

**222** Ein vierter Typus der Politikberatung, der bei Kerstin Schneider als der einer skeptischen Distanz beschrieben wird, verzichtet demnach auf den Versuch, Einfluss auf das politische Handeln zu gewinnen, und ist eben deshalb keine Politikberatung.

**223** Hesse 2016, insb. S. 418–435.

**224** Schmidt 2014.

**225** Zumal sie bislang lediglich auf einer wissenschaftspraktischen Ebene diskutiert wird. Die wissenschaftstheoretische Frage, wie durch die Wirtschaftswissenschaften verlässliches Wissen über unsere Welt generiert werden kann, und das erkenntnistheoretische Problem, ob „empirische Evidenz“ überhaupt erfahrbare ist, werden gar nicht berücksichtigt. Vgl. knapp dazu Pierenkemper 2012b, S. 22–26.